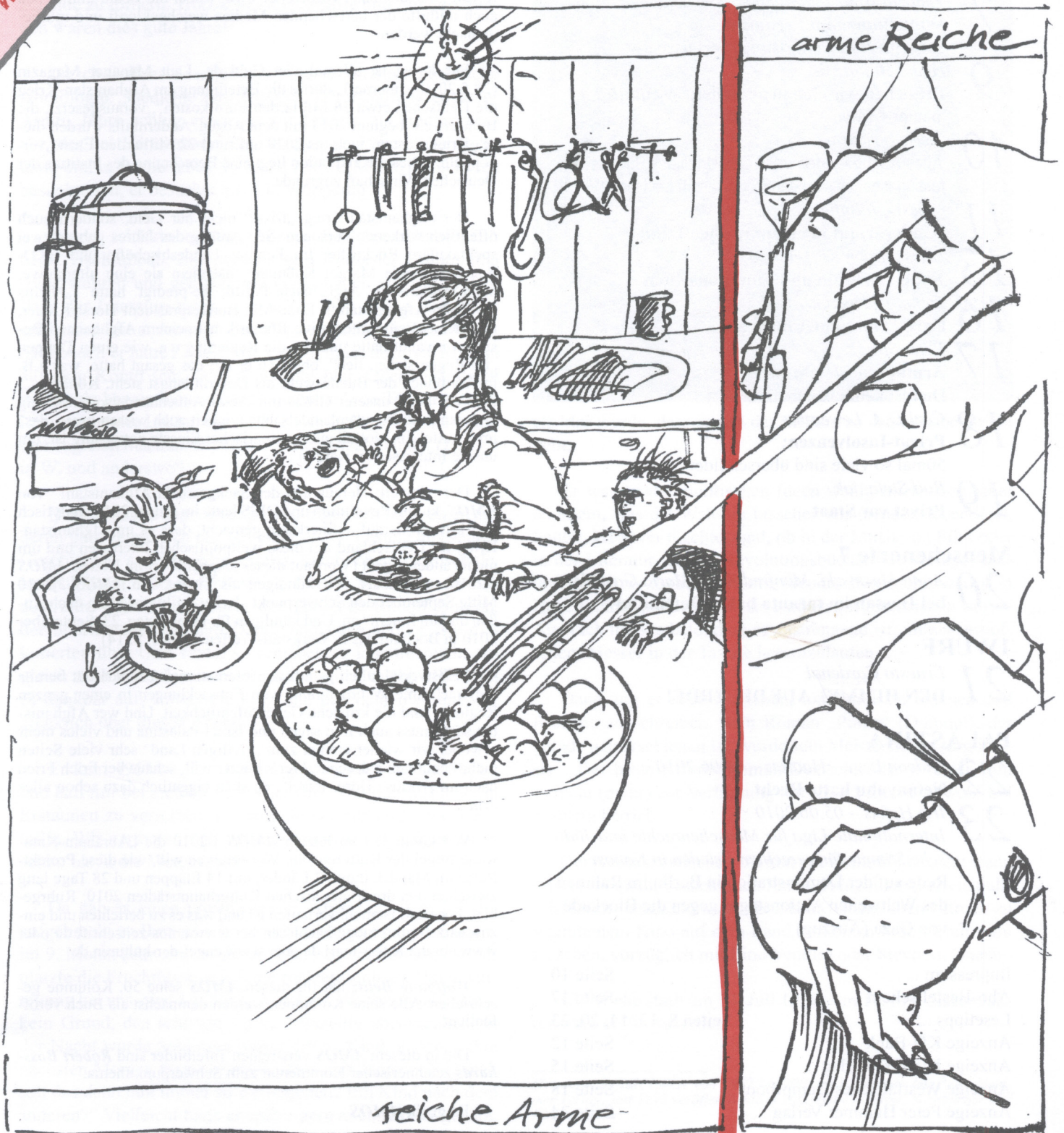


ARMUT UND REICHTUM -
NICHT NUR IM RUHRGEBIET

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
Erinnerung an Ulf Mieke
4 Wolfgang Belitz
Gleichheit, die wir meinen

Schwerpunkt:

Armut und Reichtum - nicht nur im Ruhrgebiet

- 5** Rolf Stefaniak
Eat The Rich
7 Viktoria Waltz und Michael Krummacher
**Willkommen im Prekariat –
 segregiert in Armutsquartieren**
9 Heiko Holtgrave
**Brauchen wir eine neue Arbeitslosenhilfe?
 papier + www.**
10 Heiko Holtgrave
**Alles Asche – oder was? Das Urteil des Bundesver-
 fassungsgerichts zu den Regelsätzen bei Hartz IV**
11 Christoph Butterwegge
Kinderarmut in einem reichen Land
13 Hans Jürgen Krysmanski
Superreichtum und Funktionseliten
16 Stefan Hochstadt
Eure Armut kotzt mich an!
17 Peter Strege
Armut und Reichtum 2
 Du bist kein lokaler Held!
18 Carl-D.A. Lewerenz
Privat-Insolvenzen:
 50mal so viele sind überschuldet
19 Rolf Stefaniak
Privat vor Staat

Menschenorte 7

- 20** Anna Musinszki, Manfred Walz, Maria Garrido
bei Hassan im taranta babu, Dortmund

1WURF

- 21** Ernesto Cardenal
DEN HIMMEL AUF DIE ERDE!

PALÄSTINA

- 22** Gideon Levy – Haaretz – 03.06.2010
Netanyahu hatte Recht
23 Iris Hefets – 05.06.2010
**Internationale Liga für Menschenrechte und Jüdi-
 sche Stimme für gerechten Frieden in Nahost**
 Rede auf der Demonstration in Berlin im Rahmen
 des Weltweiten Aktionstages gegen die Blockade
 von Gaza (Auszug)

Impressum ...	Seite 10
Abo-Bestellschein ...	Seite 17
Lesetipps ...	Seiten
Anzeige KD-Bank ...	Seite 12
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 15
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 19
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Wer Armut erleidet und beklagt, muss Reichtum anprangern!
 Davon handelt dieser neue AMOS mit dem Schwerpunkt „Ar-
 mut/Reichtum“.

Wann ist die kritische „Marke“ erreicht, wo „die unten nicht
 mehr wollen und die oben nicht mehr können“?

Derzeit erleben wir (als Lehrstücke der praktischen Politischen
 Ökonomie), wie in atemberaubender Eile unvorstellbare, sozusagen
 „inflationäre“ Milliarden-Summen (für Bürgschaften) zur Rettung
 des EURO parlamentarisch durchgepeitscht werden, wie gleich-
 zeitig neue Grausamkeiten den kleinen Leuten in nicht ohne Grund
 „staats-bankrotten“ Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien u.a.
 abverlangt werden und wie auch in Deutschland eine weitere Wel-
 le von „Sozialabbau“ vorbereitet wird, wobei die Leute immer neu
 auch mithilfe der herrschenden Medien weichgeklopft und mürbe-
 gemacht werden.

Für Krieg ist allemal viel Geld da. Laut Manager Magazin
 (28.5.2010 – internet) „dürfte die Beteiligung am Afghanistan-Krieg
 die Deutschen etwa 36 Milliarden Euro kosten“, vorausgesetzt, die
 Bundeswehr beginnt 2013 mit dem Abzug. Andernfalls würden die-
 se „Kriegskosten“ sich bis 2020 auf rund 72 Milliarden Euro „ver-
 doppeln“. Dieser Kalkulation liegt eine Berechnung des Instituts der
 Deutschen Wirtschaft zugrunde.

Der Afghanistan-Krieg „frisst“ nicht nur Geld, sondern auch
 öffentlich wirkende Personen. Seit Anfang des Jahres gab es zwei
 spektakuläre Rücktritte: Im Februar Landesbischofin und EKD-
 Ratsvorsitzende Margot Käßmann, nachdem sie eine alternative,
 nicht-militärische Afghanistan-Politik bepredigt hatte („Nichts
 ist gut in Afghanistan“); Ende Mai Bundespräsident Horst Köhler,
 nachdem er eine alternative Rhetorik bei seinem Afghanistan-Besuch
 verwandt hatte und ihn die Regierung u.a. wie einen Deppen
 „im Regen stehen ließ“, obgleich er nur das gesagt hatte, was z.B.
 im Weißbuch der Bundeswehr als Doktrin längst steht. Köhler: „...
 dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung
 und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass
 im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um
 unsere Interessen zu wahren ...“.

Der „Appell: Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan!“ von
 AMOS, kultuRRevolution und DISS hatte im Januar 2010 analytisch
 und kritisch darauf aufmerksam gemacht, dass es im Afghanistan-
 Krieg für Deutschland um diese weltpolitischen Interessen und um
 nichts anderes geht (Wortlaut dieses „Appells“ ist im letzten AMOS
 1|2010 nachlesbar). Wir kündigen als Thema von AMOS 3|2010
 Mitte September den Schwerpunkt „Krieg, Militarisierung nach Au-
 ßen und im Innern“ an. Und kündigen für Donnerstag, 23. September
 2010 in Bochum das 2. Werkstatt-Treffen an. (s.a. S. 14)

Selbstverständlich gehört zur internationalen Solidarität bereits
 die wachsame Wahrnehmung von Entwicklungen in einer ganzen
 Region – und die kritische Gegenöffentlichkeit. Und wer Afghanis-
 tan sagt, muss auch Iran sagen und Israel-Palästina und vieles mehr
 – wobei wir wieder einmal zum „Heiligen Land“ sehr viele Seiten
 mehr benötigen würden ... Wer's kürzer will, schaue bei Erich Fried
 nach im Zyklus „Höre, Israel“, da steht eigentlich dazu schon alles
 drin ...

Wir kündigten im letzten AMOS 1|2010 die „Abraham-Kara-
 wane Engel der Kulturen“ an. Wer erfahren will, wie diese Projekt-
 reise im Mai d.J. durch 7 Länder, mit 14 Etappen und 28 Tage lang
 zwischen den drei Europäischen Kulturhauptstädten 2010: Ruhrge-
 biet, Pecs und Istanbul verlaufen ist und was es zu berichten und ein-
 zuschätzen gibt, möge nachlesen bei www.amos-zeitschrift.de oder
www.abrahamsfest-marl.de oder www.engel-der-kulturen.de

Wolfgang Belitz hat für diesen AMOS seine 50. Kolumne ge-
 schrieben. Alle seine Kolumnen werden demnächst als Buch veröf-
 fentlicht.

Die in diesem AMOS verstreuten Tafelbilder sind Robert Boss-
 hards zeichnerischer Kommentar zum Schwerpunktthema.

Es grüßt AMOS

Hermann Schulz

Erinnerung an Ulf Mieke

Anfang der 70er Jahre war ich erst seit einigen Monaten Verlagsleiter im Peter Hammer Verlag und auf der Suche nach solidarischen Freunden. Natürlich sollten unsere Bücher die Welt verändern und wir sympathisierten mit Revolutionären der ganzen Welt. Es galt auch, an allen Fronten den Frieden zu sichern, Vietnam von den Amerikanern zu befreien, Kuba zu unterstützen und den gesellschaftlichen Dialog hierzulande zu fördern. Trotz aller Geldverluste und Enttäuschungen waren dies gute Jahre!

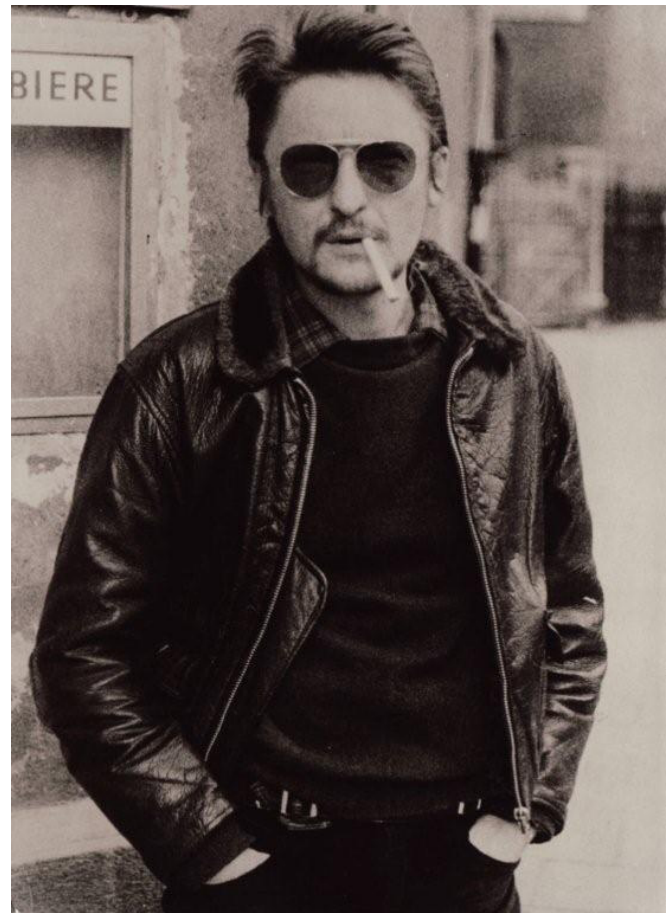
Da ich in Poesie verliebt war, plante ich eine literarische Anthologie: „Gedichte zum Frieden“. Der Rundfunkredakteur Arnim Juhre schlug einen jungen Dichter als Herausgeber vor, der bei Bertelsmann Erfahrungen im Lektorat gemacht hatte und in Berlin lebte. So lernte ich Ulf Mieke kennen. Ich besuchte ihn, er besuchte mich in Wuppertal.

Zuerst schätzte er wohl meine Reaktionsschnelligkeit beim Tischfußball; mir gefielen sein trockener Humor und seine wahren und gefunkerten Geschichten aus der großen Welt der Literatur, hatte er doch mit Bob Dylan Abenteuer erlebt und mit anderen großen Dichtern hautnah Kontakt gehabt. Auch er hatte Ziele: „Mit Vierzig muss die erste Million auf dem Konto sein, das ist ja wohl klar. Oder?“ Zugleich war er ein bewundernswerter Begutachter von Texten und ein hervorragender Lektor. Die Friedensanthologie erschien, und fast zugleich machten wir seinen ersten Erzählband: „Die Zeit in W. und anderswo“.

Dass es neben dem etwas großspurigen Ulf noch einen anderen gab, zeigte sich mir bei einer ersten Lesung aus seinen Geschichten auf der Wuppertaler Kirchlichen Hochschule. Im Publikum saßen hochkarätige Geister der Stadt: der Industrielle Hans Halstenbach, der Theologe Rudolf Bohren, der Schriftsteller Gerhard Debus und viele andere. Sie diskutierten über Ulfs Texte, so sensibel, so kenntnisreich, zugleich auch kritisch, wie es ein Autor selten erlebt. Ulf nahm es dankbar auf, antwortete klug und bescheiden – und war glücklich über diesen Abend.

Er kam 1967/68, fast für ein ganzes Jahr, in den Verlag und half mir bei meinen Versuchen, die Welt durch Bücher in Erstaunen zu versetzen. Ulf wohnte bei mir und meiner Familie. Wir vertrugen uns gut und tranken und redeten nicht selten bis in die Morgenstunden.

Da gab es einen unvergessenen Abend, an dem ich ihn aufgebracht zu Bett schicken musste. Meine Frau Ursula war im 9. Monat schwanger. Am 22. Mai gegen zehn Uhr abends platzte die Fruchtblase, das Kind meldete sich an. Helle Aufregung bei uns, aber Ulf blieb stoisch im Wohnzimmer sitzen; kein Grund, den schönen Abend frühzeitig abubrechen. In der Nacht wurde Sebastian, unser drittes Kind, geboren. Am nächsten Morgen fragte er mich unter vier Augen: „Sag mal, soll das denn nun immer so weitergehen? Ein Kind nach dem anderen?“ Vielleicht hätte er später gern auch Kinder gehabt,



als klar wurde, dass es mit der Million so schnell doch nicht geht.

Er war an den politischen Ideen wenig interessiert, aber an allem, was die Welt ein bisschen spannender, lebendiger, bunter, kreativer machte, egal, ob in der Musik, im Film oder in der Literatur. Einige Revolutionsbücher des Verlages lektorierte er vorzüglich und mit Freude, aber nicht, weil sein Herz brannte, sondern weil sie einfach gut geschrieben waren. Auch ich merkte bald, dass es anstrengend ist, immer mit offenem Messer in der Tasche herumzulaufen ...

Dann zog er nach München, um Filme zu machen und Romane zu schreiben. Sein Roman „Puma“ (Dumont), der gerade neu erschienen ist, wurde sein Meisterstück (Jörg Fauser: „Der beste Kriminalroman Deutschlands.“); leider kam es nicht (mehr) zur Verfilmung mit Lino Ventura, obwohl Ulf es eifrig betrieb.

Der Kontakt zwischen Ulf und mir ist nie abgerissen; wenn immer möglich, besuchte ich ihn und Angelika in Kreuzpflach. Dann schaukelten wir abends in seinem alten Citroen zu irgendeinem Kino auf dem Land, um einen besonderen Film zu sehen, vorzüglich mit Lino Ventura oder Steve McQueen.

Ulf Mieke starb am 13. Juli 1989. Am 11. Mai dieses Jahres wäre er 70 geworden.

Hermann Schulz leitete von 1967 bis 2001 in Wuppertal den Peter Hammer Verlag; seit 1998 veröffentlichte er zahlreiche Romane, Sachbücher und Kinderbücher.

Wolfgang Belitz

Gleichheit, die wir meinen

Eine der vielen üblen Folgen der neoliberalen Konterrevolution ist die fortschreitende Vertiefung der sozialen Ungleichheit z.B. bei Einkommen und Vermögen. Ein großes Ausmaß an sozialer Ungleichheit kann in einer Gesellschaft nur durchgesetzt werden, wenn damit eine entsprechende ideologische Indoktrination einhergeht. Eine solche gehört eben auch zu den üblen Folgen der neoliberalen Konterrevolution. Soziale Ungleichheit wirft in der Regel die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit auf, die im Neoliberalismus faktisch tabu ist, weil sie im Kontext des radikalen Markt-fundamentalismus als unsinnig eingestuft wird wegen ihrer Herkunft aus dem Bereich des „religiösen Aberglaubens“ (F.A.v.Hayek).

Zur Zeit ist darum jede tiefere soziale philosophische Debatte über soziale Gerechtigkeit in diesem Lande verstummt und durch konventionelle folgenlose Lippenbekenntnisse ersetzt worden. Selbst der Grundgedanke der Menschenrechte als die Elementarkategorie der Sozialen Gerechtigkeit, die Gleichheit aller Menschen, ist eliminiert oder wird programmatisch perhorresziert von Anbeginn der neoliberalen Konterrevolution (Kohl 1984: *Das ist die Grundentscheidung, vor der wir heute stehen: Ob wir noch mehr Gleichheit unter Verlust von mehr Freiheit akzeptieren oder nicht*) bis zu einem ihrer Höhepunkte (Göring-Eckardt 2003: *Es geht nicht mehr wie in den letzten Jahrzehnten, dass der Staat versucht, Gleichheit herzustellen*). Die Verteufelung der Gleichheit als Gleichmacherei gehört zum unveräußerlichen Grundbestand bürgerlich-konservativen Denkens, das sich demnach für die Indoktrination des Neoliberalismus als besonders empfänglich erweisen konnte.

Eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart lautet also: Wie steht es mit der Gleichheit aller Menschen? Gerade die falsche moderne konservative Festlegung des christlichen Menschenbildes auf „Freiheit und Verantwortung“ macht die elementare Nachfrage unausweichlich.

Es gibt keine Weltanschauung, in der der Gedanke der Gleichheit aller Menschen radikaler und universaler vorge-tragen worden wäre, als in der heilsökonomischen Sicht der Bibel. Biblisch gilt die Gleichheit nicht nur für dieses oder jenes Merkmal menschlichen Seins, sondern allumfassend in einer anthropologischen Ausformung des christlichen Menschenbildes in allen Stadien der Heilsökonomie. Das folgende evangelische Gleichheitsdogma trage ich seit vielen Jahren vor:

Mandative Egalität der Menschen als Männer und Frauen der Schöpfung: Gott hat alle Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen (Genesis 1,27). Die Gottesebenbildlichkeit begründet die unantastbare Menschenwürde. Alle Menschen sind gleich an Würde und Verantwortung geschaffen. Vom Ursprung und Auftrag her ist die Gleichheit aller Menschen als Männer und Frauen Gottes Setzung.

Peccative Egalität der Menschen als Sklaven und Sklavinnen der Sünde: Alle Menschen verfehlen ihren Auftrag, und ihre Verfehlung macht sie alle gleich als Sklaven und Sklavinnen der Sünde. Alle Menschen ohne Ausnahme sind in gleicher Weise von der Sünde betroffen. Es besteht Gleichheit

in der Unvollkommenheit. „*Es ist hier kein Unterschied, sie sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den sie vor Gott haben sollten.*“ (Römer 3,24) Vom Denken und Handeln her ist die Gleichheit aller Menschen als Sünder und Sünderrinnen Gottes Urteil.

Renative Egalität der Menschen als Brüder und Schwestern der Gnade: Gott rechtfertigt die Sünderinnen und Sünder, und seine Gnade macht alle Menschen gleich als Schwestern und Brüder. Die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, ist für alle gleichermaßen geschenktes Leben, „*denn es ist hier kein Unterschied, sie werden ohne Verdienst gerecht aus seiner Gnade durch die Erlösung, die durch Christus Jesus geschehen ist.*“ (Römer 3,24). Vom Ziel her ist die Gleichheit der Menschen als Schwestern und Brüder Gottes Tat und Verheißung und der Menschen Auftrag und Hoffnung (s. Galater 3,28).

Die praktisch-ethischen und politischen Konsequenzen aus dem radikalen, unzerstörbaren Gleichheitsdogma der Christenheit sind klar und einfach:

1. Christliche Ethik unter den Bedingungen der Fremde bedeutet hier und heute komparative Ethik, also nicht die Herstellung von Freiheit, Gleichheit und Frieden, sondern ständige Bemühungen um weniger Unfreiheit, weniger Ungleichheit und weniger Gewalt in der Kraft der Hoffnung auf das kommende Reich der Vollendung.

2. Soziale Gerechtigkeit ist Gleichheit und zwar Gleichheit nach der komparativen Maßgabe: Soviel Gleichheit wie möglich und soviel Ungleichheit wie nötig. Soziale Ungleichheit ist dann zu rechtfertigen, wenn die von ihr betroffenen Menschen sie als legitim empfinden und in ihr zu ihrem Recht kommen.

3. Gleichheit ist das Grundelement der Sozialen Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit aber ist unerlässlich, weil sie die materiellen Bedingungen der Möglichkeit der Freiheit aller und eines Jeden setzt. Die individuelle Freiheit aller und eines Jeden zu eröffnen, zu ermöglichen, zu erhalten, abzuverlangen oder wiederzuerlangen ist das große Ziel aller demokratischen Politik.

Die neoliberale Konterrevolution hat alle möglichen Schritte auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes in ihr Gegenteil verkehrt nach dem verstörenden Motto: Soviel Ungleichheit wie möglich und soviel Gleichheit wie nötig, wobei sich das zweite Glied der Nulllinie nähert. Weil die Soziale Gerechtigkeit aufgegeben wurde, ist die Idee der Gleichheit aller überflüssig. Das Resultat ist eine kranke Klassengesellschaft, in der das gute Leben aller nicht möglich ist.

Ein starker empirischer Beleg für die Nützlichkeit, Menschenfreundlichkeit und den Realitätsgehalt der vorgetragenen Gleichheitsethik ist das neue Buch von Richard Wilkinson und Kate Pickett „*Gleichheit ist Glück*“, die anhand umfangreicher volkswirtschaftlicher statistischer Vergleiche den Nachweis erbringen, dass eine Gesellschaft zum Wohle aller umso besser funktioniert, je geringer ihre sozialen Ungleichheiten sind.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit über 10 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

Rolf Stefaniak

Eat The Rich

*„soll der geier vergißmeinnicht fressen?
was verlangt ihr vom schakal,
dass er sich häute, vom wolf? soll
er sich selber ziehen die zähne?“*

*Hans Magnus Enzensberger,
verteidigung der wölfe gegen die lämmer*

Der Zorn gegen den Reichtum ist gerechter als alles Mitleid mit den Elenden.

Es gibt reiche und arme Länder, Regionen, Kommunen. Es gibt Reiche und Arme. Und es gibt in den armen Ländern auch die Reichen, so wie es in den reichen Ländern die Armen gibt. Die Liste des Forbes-Magazins vom 10. März 2010 führt für das Jahr 2009 der Mexikaner Carlos Slim Helú an; immerhin 53,5 Milliarden US-Dollar werden ihm gut geschrieben. Knapp vor Bill Gates mit 53 Milliarden US-Dollar, der in den vergangenen Jahren die Liste dominierte. Wie bekannt hat Gates Microsoft erfunden, in jedem Fall aber hervorragend vermarktet. Carlos Slim Helú verfügt über einen Gemischtwarenladen mit Schwerpunkt Telekommunikation und hervorragenden politischen Spitzenkontakten. Helú ebenso wie Gates werden als Mäzenaten gerühmt.

Mit 33 Nennungen führen US-Milliardäre die Forbes-Liste der ersten 100 an; gemeinsam legen sie immerhin rund 530 Milliarden US-Dollar auf die Waagschale. Neben Helú bietet Mexiko in der Liste noch weitere drei Milliarden auf; wenn sie auch hintere Plätze belegen, kommen sie doch gemeinsam auf immerhin 81,6 Milliarden US-Dollar. Weiter vorn rangiert Indien mit acht Milliarden und ca. 130 Milliarden US-Dollar. Auch die russischen Oligarchen, jener Typus also, der beim Niedergang der Sowjetunion den richtigen Riecher hatte, repräsentieren 117,5 Milliarden US-Dollar.

Die Deutschen haben fünf unter den ersten 100 Rängen. Der Reihe nach: Karl Albrecht (Aldi) auf Platz 10 mit 23,5, Michael Otto und Familie (Otto) auf Platz 21 mit 18,7, der Bruder der deutschen Nummer eins Theo Albrecht schon auf 31 mit 16,7, Susanne Klatten (BMW) auf 51 mit 11,1 und August von Finck (z.B. Möwenpick) auf 80 mit 7,3 Milliarden; insgesamt bieten sie 83,6 Milliarden US-Dollar. Was darunter auf Arisierungsgewinne fällt, braucht eigene Recherchen. Von Finck hat es vorgezogen, seinen Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen. Das hindert ihn nicht, die FDP nutzbringend für seine Hotelkette zu fördern.

Mehr als eine Milliarde Menschen sind dauerhaft unterernährt. 30.000 Kinder sterben jeden Tag. Im Bauernland Indien – das ist es mit sechzig Prozent der Bevölkerung immer noch, trotz seiner Metropolen wie Mumbai und seiner Hightech-Industrien – haben sich allein zwischen 1998 und 2003 über 100.000 Bauern wegen ausbleibender Ernten umgebracht, während der Eingriff ins Klima mit der Folge verlängerter Dürreperioden durch die Großen Industrien,

gleichgültig der Herkunft ihrer Eigentümer, weltweit voranschreitet.

Der Prozess der Globalisierung hält an; das macht, dass alles und jedes miteinander zutun hat. Wenn wir näher hinschauen, verbergen sich hinter den bekannten Markennamen – Adidas zum Beispiel oder Apple – Produzenten in Vietnam oder China. Sie sind daran gewöhnt, etwas zu produzieren, das sie selbst sich nicht leisten können.

Derselbe Prozess: Was hier unter unseren Augen geschieht, hat Auswirkungen anderswo und umgekehrt. Der berühmte Sack Reis, der irgendwo umkippt, greift in unser Leben ein. Und wenn wir weniger verdienen, dann andere noch weniger. Politische Eruptionen in Chiapas/Mexiko oder in China oder in Pakistan/Afghanistan und anderswo stehen uns näher als uns lieb ist. Unsere Freiheit freilich ist deren Freiheit; gegen sie können wir unsere nicht verteidigen. Das Weltkapital und seine diversen Dienstleister und Subalternen sind in den Parteien und Organisationen des Reichtums repräsentiert; ihnen können nicht Organisationen der Armut, sondern allein die Parteien und Bewegungen der Arbeit widerstehen. Anstelle des Konsumenten- muss sich der Produzentenstandpunkt durchsetzen.

Mit dem Niedergang von Karstadt, jetzt Arcandor, war der Niedergang des kurzweiligen Managers Thomas Middelhoff verbunden. In der Berichterstattung zum Fall wurde uns ein Oppenheim-Esch-Fonds bekannt gemacht. Ähnlich wie Merryll Lynch verwaltet er große Vermögen und bietet seine Dienste auch für die Zurschaustellung des Reichtums wie Jet- und Yachtvermietungen. Im Karstadtfall bestand die Spezialität darin, den Grundbesitz aus dem Firmeneigentum herauszulösen und ihn zugunsten ausgewählter Günstlinge auf Kosten des Unternehmens weiterzuverhöckern. Middelhoff wird verdächtigt, einer dieser Günstlinge gewesen zu sein – während er gleichzeitig den Konzern geleitet hat. Dass dabei unter anderem auch Jetkosten von 800.000 Euro für den Konzern allein im Jahr 2006 anfielen, gehört wohl zum System, schlägt dabei aber kaum noch zu Buche. Die FAZ schreibt:

„Ob sich der noch immer in eng getaktete Terminpläne eingebundene Manager weiterhin mit Dienstleistungen von Esch betreuen lässt, ist nicht bekannt. Zumindest früher soll sich eine solche in der Welt der Superreichen angeblich nicht



ganz unübliche Rundumbetreuung von der Zulassung des Autos für die Tochter über die gecharterte Yacht im Mittelmeer bis hin zur passenden Eigentümerkonstruktion für das Ferienhaus in Südfrankreich erstreckt haben. Auch auf die Frage, ob noch die Dienste der Challenge Air genutzt werden, gibt es derzeit keine Antwort. Unlängst wurde Middelhoff nach einem Rückflug aus London jedenfalls am ganz normalen Ausgang der British Airways gesichtet – und ging grußlos vorbei, ohne Lächeln.“ (FAZ, 23.04.2010)

Aber was sind schon die Reichen gegen den Reichtum? Wer treibt und wer ist der Getriebene? Wir erkennen im Personal die Charaktermasken und dahinter den stummen Zwang der Verhältnisse. Niklas Luhmann hat ihn systemtheoretisch fixiert: Jedes System besteht aus Subsystemen, deren Akteure die jeweiligen Unübersichtlichkeiten abarbeiten. Reduktion von Komplexität nennt er diese Aufgabe. Der Satz Adornos, wonach das Ganze das Unwahre sei, wird auf dem Weg dieser Komplexitätsreduktion zum Verschwinden gebracht. Das Ganze existiert überhaupt nicht. Jeder Widerstand ist Vergeudung.

Es liegen kaum Studien über die weltweite Verteilung der Armut und des Reichtums vor. Erst 2007 publizierte das UNU-WIDER-Institut (United Nations University-World Institute for Development Economics Research) aus Helsinki einen Forschungsbericht zur globalen Ungleichheit. Die schwierige Datenbasis erlaubt für den globalen und Regionalvergleich nur eine Auswertung bis zum Jahr 2000. Mit diesem wurde die Verteilung von 1993 verglichen. Der Bericht basiert immerhin auf annähernd 90 Prozent der Weltbevölkerung.

Dazu einige Ergebnisse: Zehn Prozent der Weltbevölkerung an der Spitze der Skala verfügen im Jahr 2000 über 85 Prozent des Wohlstands, und zwei Prozent der reichsten Reichen über bereits mehr als der Hälfte. Am unteren Ende ist das Bild umgekehrt: Hier muss sich die Hälfte der Weltbevölkerung mit einem Prozent des Wohlstands begnügen. Wie bekannt ist der Wohlstand auch geografisch ungleich verteilt; Zentren des Reichtums sind die alten Industrieländer und heutigen Finanzmetropolen Nordamerika, Europa, Japan und Australien. Hinzukommt der ‚Tigerstaat‘ Südkorea. Andere Regionen schneiden erheblich schlechter ab; so entfallen auf Länder wie Brasilien, Indien, Russland, die Türkei und Argentinien nur jeweils ein Prozent der Spitzengruppe; lediglich das ‚Schwellenland‘ China ragt mit seinen 4,1 Prozent an den Superreichen etwas heraus.

Reichtum hat mit Arbeit nichts zu tun. Wer reich ist, hat die Macht und die Herrschaft, andere das Nötige (und Unnötige) tun zu lassen. Die abhängigen Armen – abhängig weil arm

und arm weil abhängig – produzieren nicht nur den Reichtum der Reichen, sondern auch die eigene Abhängigkeit; und nicht nur ihre Abhängigkeit als Armut, sondern auch eine Reservarmee überall auf der Welt, die selbst einspringt, wenn sie die Arbeitskraft ihrer Mitglieder wohlfeiler anbietet. Arbeit macht nicht reich sondern arm, oder, wie Marx sagt: Produktive Arbeit ist kein Glück, sondern ein Pech.

Thorstein Veblen (1857-1929) unterscheidet eine barbarische Gesellschaft, die in der Heldentat der einen und der produktiven Arbeit der anderen, zuerst und zumeist der Frauen, besteht, von der modernen Gesellschaft, in der das Privateigentum an die Stelle der Heldentat getreten ist. In seiner „theorie der feinen leute“ (The Theory of the Leisure Class) heißt es:

„Die normale und kennzeichnende Beschäftigung dieser Klasse [der feinen Leute] bleibt auch auf dem Höchststand ihrer Entwicklung so ziemlich dieselbe wie früher. Sie besteht in Regieren, Kriegführen, Sport und religiösen Aufgaben. (...) In dieser wie in jeder anderen Phase der kulturellen Entwicklung wird zwar, wenigstens zum Teil, um des finanziellen Gewinns willen regiert und Krieg geführt, doch handelt es sich dabei um einen Gewinn, der durch die ehrenvollen Methoden des Raubs erzielt wird. Die Beschäftigung der vornehmen Klasse ist also räuberischer und nicht produktiver Art.“

Aus alledem entsteht ein Habitus, der auf seine Distinguiertheit Wert legt und darauf, sich von den anderen zu unterscheiden. Pierre Bourdieus „Feine Unterschiede“ nehmen hier ihren Ausgang; sie sorgen dafür, dass der Reichtum und die Reichen mit ihren Subalternen unter sich bleiben und sie dazu befähigen, mit den Gesten der Wohlständigkeit und der guten Gesittung die übrigen, zumal auf abhängige Lohnarbeit angewiesenen gemeinen Leute an der Kandare zu halten.

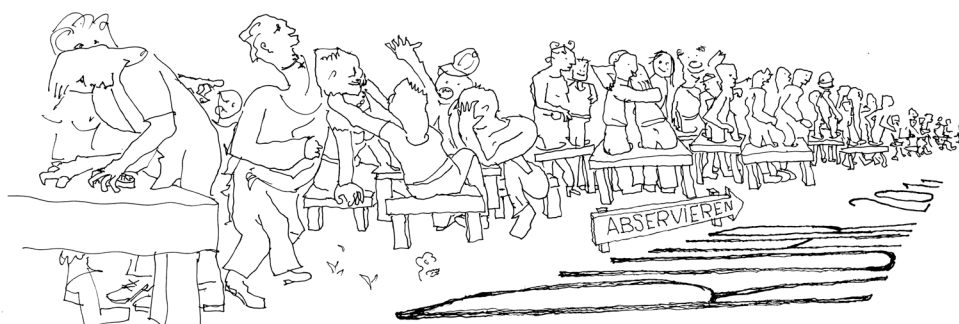
Mit der gegenwärtigen Finanzkrise sieht Paul Jorion das Ende des Kapitalismus erreicht. Paul Jorion ist Wirtschaftskolumnist von Le Monde. In einer Sendung des Deutschlandfunks sagt er es so:

„Man stellt mir sehr oft die Frage, ob wir die finale Krise des Kapitalismus erleben. Ich denke, das stimmt. Es ist eine Art Todeskampf, der sich da abspielt. Er wird vielleicht nicht aus den gleichen Gründen sterben, die Marx vorhergesagt hat. Aber das ändert nichts. Marx kann sich getäuscht haben und das System trotzdem tödlich getroffen sein.“

Seinen Beitrag „Der stille Klassenkampf von oben. Strukturen und Akteure des Reichtums“ für die Zeitschrift Utopie kreativ beendet Hans Jürgen Krysmanski mit der Aufforderung:

„So bleibt uns (und diesen und jenen Gruppen, Schichten und Klassen) im Augenblick nur die Rückbesinnung auf die jeweils aus den eigenen ‚Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse‘ erwachsenden Interessen und Utopien. Letztlich aber wird niemand umhin können, an den kommenden Klassenkonflikten auf der Basis der eigenen geklärten Interessen teilzunehmen.“

Rolf Stefaniak, Jahrgang 1944, Journalist



Viktoria Waltz und Michael Krummacher

Willkommen im Prekariat – segregiert in Armutsquartieren

„Prekariat“ bezeichnet eine angeblich ‚neue‘ soziale Gruppierung von ungeschützt Arbeitenden und Arbeitslosen. „Segregation“ bezeichnet die sozialräumliche Entmischung von Bevölkerungsgruppen v.a. nach dem sozialen Status und/oder der ethnisch-religiösen Herkunft. Beide Tatbestände sind keineswegs ‚neu‘: Soziale Ungleichheit und Sozialsplaltung der Städte sind der Normalfall kapitalistischer Stadtgesellschaften. Anders ausgedrückt: Soziale Ungleichheit, Armut und Reichtum sowie Entmischung der Armen und Reichen nach Wohnquartieren bzw. die Sozialsplaltung der Städte hat es in der Geschichte immer gegeben. Allerdings nimmt ihr Ausmaß aktuell deutlich zu.

Die Fakten: Armut nimmt zu und trifft immer die gleichen Gruppen ...

Die Fakten des NRW-Sozialberichts von 2007 sowie der aktuellen DIW-Analyse zur Einkommensarmut in Deutschland vermitteln trotz unterschiedlicher Detailergebnisse das gleiche Bild. (Alle nachfolgenden Fakten basieren auf: MAGS-NRW 2007; DIW 7/2010.)

Die Zahl der Armen in Deutschland ist in den letzten 10 bis 15 Jahren – auch im europäischen Vergleich – ungewöhnlich rasch gestiegen. Gemessen an den EU-Normen zur Definition von Einkommensarmut (EinwohnerInnen mit weniger als 60% des Durchschnittseinkommens) lag der Anteil der Armen bzw. die sog. „Armutrisikoquote“ in Deutschland Anfang der 1990er Jahre bei rund 12 Prozent, bis 1999 ging sie auf 10,3 Prozent zurück und stieg dann bis 2006 auf 14,5 Prozent an. 2007/2008 ging sie – trotz guter Konjunktur und verbesserter Arbeitsmarktlage – kaum zurück. Derzeit sind rund 14 Prozent bzw. 11,5 Millionen der EinwohnerInnen in Deutschland einkommensarm. Die Daten des NRW-Sozialberichts vermitteln die gleichen Trends für NRW und das Ruhrgebiet, dies gilt auch für die von Armut besonders betroffenen Gruppen.

Im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung haben folgende Gruppen weit überdurchschnittliche Armutrisiken:

- nach dem Alter: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene;
- nach dem Haushaltstyp: 1-Personen-Haushalte, Alleinerziehende und Kinderreiche;
- nach dem Geschlecht: Frauen, insbesondere Alleinerziehende;
- nach dem Erwerbsstatus: Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose, Mini-Jobber, aber auch viele vollbeschäftigte GeringverdienerInnen;
- nach der Herkunft: MigrantInnenhaushalte;
- nach dem Sozialraum: GroßstadtbewohnerInnen, darunter besonders die BewohnerInnen benachteiligter Stadtteile.



Armut ist mehr als Einkommensarmut ...

Armut bedeutet nicht nur ein zu geringes Einkommen, sondern umfassender eine sozialstrukturelle Benachteiligung bzw. ein Mangel an „Verwirklichungs- und Teilhabechancen“ in zentralen Lebenslagenbereichen. Außer dem Einkommen betrifft dies vor allem die Bereiche Bildung, Erwerbsarbeit, Gesundheit, Wohnen, Kontaktchancen und Teilhabe am (sozio-)kulturellen Leben. Im NRW-Sozialbericht wird dies an den Fakten zur Bildung, Erwerbsbeteiligung, Gesundheit und zum Wohnen belegt (MAGS-NRW 2007: 17ff).

Bildungsarmut vererbt sich ...

Fast ein Viertel aller Personen im Erwerbsalter, mehr als ein Drittel der jungen Erwachsenen und knapp die Hälfte der Einkommensarmen haben keinen beruflichen Bildungsabschluss und damit schlechte Aussichten auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit. Und: Der Bildungsgrad von Kindern hängt im hohen Maße vom Bildungs- und Sozialstatus ihrer Eltern ab, d.h. Armut ‚vererbt‘ sich besonders oft bei Kindern aus bildungsschwachen Elternhäusern. Wer hat versagt, die Menschen oder das Bildungssystem?

Nicht nur Arbeitslose sind arm ...

Dass insbesondere längere Arbeitslosigkeit zur Armut führt, ist angesichts der „Hartz-Reformen“ des SGB II, III und XII unausweichlich. Darüber hat die Strategie der „Agenda 2010“ zum massiven Ausbau eines Niedriglohnsektors mit der Folge geführt, dass erwerbstätige Mini-Jobber, 1-Euro-Jobber, aber auch viele gering verdienende Vollerwerbstätige ein hohes Armutrisiko haben.

Schlechte Gesundheit der Armen ... - sind sie selber schuld?

Armut macht krank – Krankheit macht arm. Wechselwirkungen zwischen Krankheit und Armut sind nach den Fakten offensichtlich und dürften sich gegenseitig verstärken. Menschen mit geringem Bildungsgrad und Sozialstatus sind öfters als solche mit höherem Sozialstatus gesundheitlich beeinträchtigt, chronisch krank und haben eine geringere Lebenserwartung. Gleichzeitig sind Risikofaktoren wie Rauchen, Alkohol, sportliche Inaktivität und ungesunde Ernährung bei ihnen stärker ausgeprägt; außerdem gehen sie seltener zum Arzt, Zahnarzt und zu Vorsorgeuntersuchungen. Sie begründen dies mit Praxisgebühren und sonstigen Zuzahlungen. Sind die Armen also selbst schuld an ihren Krankheiten und ihrer Armut? Der NRW-Sozialbericht lässt diese Frage offen.

Wohnen und die Sozialsplaltung der Städte ...

Reguliert wird die Wohnungsversorgung und Sozialsplaltung der Städte vor allem über drei Mechanismen des Woh-

nungsmarktes:

- über den Grundsatz der Wohnökonomie: „Die Wohnungsfrage ist eine Lohn- bzw. Preisfrage.“;
- über „Diskriminierungsbarrieren“ des Wohnungsmarktes, die „unbeliebte“ Mietergruppen – wie Sozialleistungsempfänger, Migranten, Kinderreiche – oftmals ausgrenzen;
- über gesetzliche und administrative Regelungen, d.h. über Wohnungszuweisungen, im schlimmsten Fall über erzwungene Ghettoisierung, betroffen davon sind aktuell v.a. Wohnungslose und Flüchtlinge.

Diese Mechanismen sorgen dafür, dass die unteren Einkommensgruppen in schlechteren Wohnverhältnissen als die höheren Einkommensgruppen leben, dass sie höhere Einkommensanteile für Wohnen aufwenden müssen und sich in den benachteiligten Stadtteilen konzentrieren. Die sozialstaatlichen Instrumente Sozialer Wohnungsbau und Wohngeld haben in der Vergangenheit die o.g. Mechanismen nie außer Kraft gesetzt, wohl aber in ihrer Wirkung abgeschwächt. Seit aber der Soziale Wohnungsbau immer mehr schrumpft, es kaum noch Sozialwohnungen gibt, seit hunderttausende Wohnungen von ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und Kommunen an sog. „Hedgefonds“ („Heuschrecken“) verkauft wurden, seit zudem das SGB II Mietobergrenzen für die Hartz-IV-Haushalte vorschreibt, gibt es auch bei entspannten Wohnungsteilmärkten kaum noch Instrumente, um die Ungleichheit im Wohnbereich und die Konzentration der Armen in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten.

Wohnen im Armutsquartier bedeutet zusätzliche Benachteiligung ...

Seit den 1980er Jahren nimmt die Sozialraumpaltung der Städte zwischen „Reiche-Leute-, Normale-Leute- und Arme-Leute-Stadtteilen“ zu. Sozialräumlich konzentrieren sich die Gruppen mit hohen Armutsrisiken, darunter viele MigrantInnen in den „Arme-Leute-Stadtteilen“. In diesen Stadtteilen überlagern sich die Konzentration von sozial benachteiligten Gruppen mit Abwanderungen mittelständischer Schichten und der Zuwanderung von Armutsverdrängten aus anderen Stadtteilen sowie baulich-räumliche Defizite beim Wohnen, im Wohnumfeld mit deutlichen Infrastrukturdefiziten. Diese Effekte münden in negative Abwärtsspiralen und werden damit zu Quellen zusätzlicher Benachteiligung. Die Gesamtsituation der Armutsquartiere ist geprägt durch sozioökonomische Problem- und Notlagen, die zusammen mit den räumlichen Defiziten zu Konflikten und Konkurrenzen um knappe Ressourcen (Arbeit, Einkommen, Wohnen, soziale Infrastruktur) führen und in gegenseitige Abschottung, interkulturelle Konflikte und Rassismus münden können. Umso mehr ist anzuerkennen, dass in den meisten Armutsquartieren ein friedlich-distanziertes Mit- und Nebeneinander der verschiedenen BewohnerInnengruppen überwiegt und ihre BewohnerInnen die Wohn- und Integrationsprobleme bewältigen, die sich die BewohnerInnen der „armuts- und migrantenfreien“ Stadtteile vom Halse halten. Von der Verarmung und Sozialspaltung der Städte sind die Ruhrgebietsstädte besonders betroffen, wobei die „Armenhäuser des Ruhrgebiets“ überwiegend in der Emscherzone liegen (vgl. WAZ v. 10.11.2009). Im NRW-Sozialbericht 2007 wird dies am Beispiel der Armutsberichte von Bochum, Essen, Oberhausen und Gelsenkirchen deutlich (MAGS-NRW 2007: 401ff).

Die „Soziale-Stadt-Programme“ haben materiell wenig bewirkt ...

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wurde 1999 (in NRW schon 1993) mit dem Ziel gestartet, die ‚Abwärtsspirale‘ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern.“ (Homepage „Soziale Stadt“) Das Programm startete 1999 mit 161 Stadtteilen in 124 Gemeinden; 2008 waren es 523 Gebiete in 326 Gemeinden, darunter etliche im Ruhrgebiet. Die Programmphilosophie sieht „integrierte Handlungskonzepte städtebaulicher und nicht-investiver Maßnahmen“ mit den Schwerpunkten städtebauliche und bauliche Verbesserungen, Ergänzung der Infrastruktur, wohnungswirtschaftliche Verbesserung, Wirtschafts- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie sozialpädagogische Maßnahmen und Ausbau von Bewohnerbeteiligungen durch das Quartiersmanagement vor. Obwohl in vielen Programm-Stadtteilen sehr engagierte Arbeit von planerischen und sozialen Berufen geleistet wurde und zahlreiche „Good-Practice-Beispiele“ baulich-räumlich, infrastrukturell, partizipativ und in Bezug auf das Zusammenleben eingeleitet wurden, zeigt sich heute, 10 Jahre nach dem bundesweiten Programmstart, dass die materiellen Wirkungen sehr begrenzt geblieben sind und das o.g. Leitziel der „umfassenden Verbesserung der Lebensbedingungen“ verfehlt wurde.

Es zeigt sich: Noch so gut gemeinte Stadtteilentwicklungspolitik kann Armut und Sozialspaltung der Städte nicht weg-reparieren. Die Alternative bestünde in einer Kombi-Strategie mit den Elementen: Politik für existenzsichernde Arbeit für alle Erwerbstätige, bedarfsdeckendes Grundeinkommen für alle Nicht-Erwerbstätigen, Bildungsoffensive sowie konsequent soziale Stadtentwicklungspolitik. Dies würde entsprechende politische Mehrheiten voraussetzen – und diese fehlen bekanntlich.

Quellen:

1. MAGS-NRW: Sozialbericht NRW 2007, Düsseldorf;
2. DIW-Wochenbericht 7/2010: 2ff

Viktoria Waltz ist Dozentin für Raumplanung aus Dortmund

Michael Krummacher ist Dozent für Politikwissenschaft aus Bochum

Lesetipps

Jean Ziegler

Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren.

Aus dem Französischen von Hainer Kober

München (C. Bertelsmann) 2009, ISBN: 978-3-570-01132-4

Jean Ziegler

Haiti und der Hass auf den Westen, in:

Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2010, Seite 39-53

Wilfried Bommert

Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung

München (Riemann) 2009, ISBN: 978-3-570-50108-5

Franz Walter

Vorwärts oder abwärts? - Zur Transformation der Sozialdemokratie

edition suhrkamp 2622, Berlin (Suhrkamp), ISBN: 978-3-518-12622-6

Heiko Holtgrave

Brauchen wir eine neue Arbeitslosenhilfe?

Auch wenn es vielleicht den Anschein hat. Diese Frage ist keine rein rhetorische. Seit Mitte letzten Jahres sind die Absturzorgien von Mittelschichtlern wieder in den Fokus bundesdeutscher Politik gerückt. BA-Vorstand Alt verlangte „mehr Hartz IV für langjährige Beitragszahler“. Und der Bremer Arbeitsmarktexperte Johannes Steffen hat jüngst eine Rückkehr zur Arbeitslosenhilfe (Alhi) ernsthaft ins Gespräch gebracht. Steffen verweist dazu auf Lücken im heutigen zwei-stufigen Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit, die langjährig Versicherte ungeachtet ihres früheren Einkommens und (Höhe und Dauer) ihrer „Einzahlungen“ i.d.R. bereits nach 12 Monaten Erwerbslosigkeit auf die staatliche Fürsorge in Form von Hartz IV verweisen.

Insbesondere der steigenden Zahl an Erwerbslosen, die zuvor über viele Jahre und „außerhalb des Niedriglohnsektors“ – also mit durchschnittlichen oder höheren Löhnen ausgestattet – versicherungspflichtig beschäftigt waren, verweigere das 2-stufige System eine angemessene Sicherungsperspektive außerhalb der (bedarfsabhängigen) Fürsorge. Sie sind nach Ausschöpfen ihres Anspruchs auf Versicherungsleistungen (Arbeitslosengeld) gehalten, zunächst ihre privaten Rücklagen zu mobilisieren, um ihre laufenden Lebenshaltungskosten zu decken. Um am Ende, nach fast vollständigem Verbrauch der Rücklagen, genau dort zu landen, wo sich Geringverdiener und selbst Nicht-Erwerbsfähige ohnehin wiederfinden: auf dem Sicherungsniveau von Hartz IV, und damit in oder zumindest am Rande von Armut.

werde sich aber, so Alt und Steffen unisono, in Anbetracht der Krise schnell ändern. „Erstmals seit Abschaffung der Alhi wird der Zugang in Arbeitslosigkeit künftig ganz maßgeblich mit geprägt sein von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zuvor (langjährig) versicherungspflichtig beschäftigt waren und deren Erwerbseinkommen nahe dem Durchschnittsentgelt und in nicht wenigen Fällen auch deutlich darüber lag.“ (Steffen, S. 2)

Derzeit federe der Rückgriff auf „konjunkturelle Kurzarbeit“ diese absehbaren Entwicklungen noch weitgehend ab (im Jahresdurchschnitt 2009 1,1 Mio. Beschäftigte). Aber sobald diese auslaufen, werden die Auswirkungen der Krise voll auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Schon jetzt lässt sich das an wachsenden Zugangszahlen im Rechtskreis des SGB III (Arbeitslosenversicherung) ablesen.



Ging der Anteil der in diesen Rechtskreis gehörenden Arbeitslosen seit Einführung von Hartz IV kontinuierlich zurück, auf zeitweise nur noch knapp 30%, ist er mittlerweile wieder auf über 37 Prozent geklettert. Damit eng korrespondierend ist – relativ wie absolut – seit Ende 2008 auch wieder ein Anwachsen der Zahl derer zu beobachten, die im Bezug der Versicherungsleistung Alg I stehen. Die Furcht des Mittelstands vor einem Abstieg hat somit durchaus einen realen Kern.

Arbeitslosigkeit (nach Rechtskreisen) und Alg-Bezug 2005 bis 2009¹

Jahr	reg. Arbeitslose Deutschland (Jahresmittel)	davon im		BezieherInnen von Alg I (Jahresdurchschnitt)	
		Rechtsk. SGB II	Rechtsk. SGB III	abs.	in % an den reg. Arbeitslosen
2005	4.860.909	43,0	57,0	1.728.045	35,5
2008	3.267.907	68,1	31,9	916.667	28,1
2009	3.423.283	62,5	37,5	1.140.982	33,3

In der Tat bietet das mit Abschaffung der Arbeitslosenhilfe 2005 auf 2 Stufen reduzierte Sicherungssystem Besserverdienenden und ihren Familien bei längerem Ausfall des Hauptverdienstes nur zwei „Perspektiven“: die Fürsorgeabhängigkeit (also Hartz IV) oder – insbesondere bei (Ehe-) Partnern mit eigenständigen Einkünften – die teilweise oder gar vollständige Privatisierung des Einkommensrisikos. Mit Fortschreiten der Finanz- und Wirtschaftskrise wächst daher im abhängig beschäftigten Mittelstand die Angst vor einem sozialen Absturz.

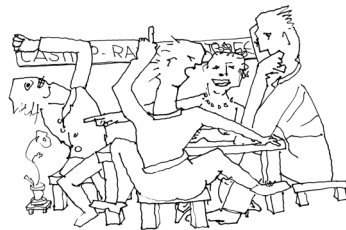
Dass dies bis Mitte vergangenen Jahres eher ein Randthema war, hat in erster Linie etwas damit zu tun, dass es sich bei den „Neuzugängen“ in Arbeitslosigkeit in den ersten 4-5 Jahren nach Einführung von Hartz IV (SGB II) meist um geringer Qualifizierte und prekär Beschäftigte handelte. Dies

Nun sind für Hartz-IV-Kritiker solche Prognosen nicht neu. Ich selbst wies bereits 2003 darauf hin, dass es infolge der sog. Arbeitsmarktreformen zu einer erheblichen Senkung des Lebensstandards von Langzeitarbeitslosen kommen werde, die vor der Plünderung von Spareinlagen und der Aufgabe des selbstgenutzten Eigenheims nicht haltmachen wird. Neu ist allerdings, dass sich die herrschende politische Klasse Sorgen um den Schwund bei den Mittelschichten macht. Erst kürzlich beschloss der Bundestag auf Vorschlag der schwarz-gelben Bundesregierung, das Schonvermögen nach § 12 SGB II zur Altersvorsorge zu verdreifachen – von bislang 250 auf nunmehr 750 € pro vollendetem Lebensjahr.

Steffen erteilt diesem und anderen derzeit gehandelten Korrekturversuchen eine klare Absage. Diese sähen nur eine – wie auch immer geartete – finanzielle Privilegierung inner-

halb des Systems von Hartz IV vor, anstatt einen nachhaltigen Beitrag zur Vermeidung von Fürsorgeabhängigkeit infolge von Arbeitslosigkeit zu leisten. Auch eine zeitliche Streckung des Zuschlags nach § 24 SGB II bringe nichts, da dieser das Verbleiben im Hartz-IV-System zur konstitutiven Voraussetzung habe. Aus seiner Sicht geht kein Weg an der Wiedereinführung eines zwischengeschalteten dritten Sicherungselements vorbei, „das sich sowohl am zuvor versicherten Entgelt ausrichtet als auch vom Einkommen bzw. Vermögen des Erwerbslosen und seines Partners abhängig ist“ (Steffen, S.2.). Von der Struktur also ein – auf Dauer angelegtes – Element, das der früheren (bedürftigkeitsgeprüften) Arbeitslosenhilfe entspricht.

In seiner Veröffentlichung vom Dezember 2009 weist er anhand diverser Haushaltstypen akribisch die Brüche und Fehlsteuerungen nach, die mit der Konstruktion von Hartz IV, einschließlich des befristeten Zuschlags zum Alg II, verbunden sind. Sein Credo: Die Notwendigkeit sozialer Absicherung lässt sich nicht auf bloße Armutsvermeidung – gemessen am aktuellen Fürsorgelevel (Regelsätze) – reduzieren. Das Sozialstaatsprinzip verlange vielmehr auch, im Sinne einer (relativen) Lebensstandard- bzw. Statusabsicherung den Einkommensfluss bei Risikoeintritt oberhalb der Fürsorge zu verstetigen und den Betroffenen die Hartz-IV-Abhängigkeit nach Aussteuerung aus der Versicherungsleistung möglichst ganz zu ersparen.



Und er weist – unter Zugrundelegung der Regelungen der früheren Alhi – nach, dass das tatsächlich funktionieren könnte und für einen Großteil der untersuchten Haushalte tatsächlich Entlastung bedeuten würde. Wobei er die Fernwirkungen (Stichwort Altersarmut) noch nicht einmal in den Blick genommen hat. Soweit ebenso sympathisch – wie auch etwas weltfremd. Eine Schätzung der Mehrkosten legt er nicht vor. Es handelt sich, bei Lichte betrachtet, um einen Reformvorschlag, der sich in erster Linie an die Sozialdemokratie dies- und jenseits der SPD wendet. Und der ihr, nebenbei, die Einsicht abverlangt, dass die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe damals ein kapitaler Fehler war.

Es bleibt so oder so das eindeutige Verdienst von J. Steffen, die Sicherungsniveaus der bestehenden Sicherungssysteme im Falle länger anhaltender Arbeitslosigkeit einmal systematisch unter die Lupe genommen zu haben. Sollte die SPD seinen Vorschlag unbeachtet lassen, wird sie das unweigerlich mit einem weiteren Schwund ihrer traditionellen Wählerbasis bezahlen (müssen).

Heiko Holtgrave

Alles Asche – oder was?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen bei Hartz IV

Der Erste Senat des BVerfG hat am 9. Februar entschieden: Die Regelungen zu den Regelsätzen bei Hartz IV sind nicht grundgesetzkonform. Doch daraus folgt keineswegs – zur großen Enttäuschung der Kläger wie auch vieler anderer Betroffener – unmittelbar eine Anhebung der Leistungssätze. Wie das?

Geboten wurde in Karlsruhe großes Schauspiel, eines der letzten großen Kabinettsstücke des mittlerweile ausgeschiedenen Präsidenten Hans-Jürgen Papier. Die beklagte Bundesregierung sah während der mündlichen Verhandlungen im Herbst – so wurde es jedenfalls in den Medien kolportiert – geradezu hilflos aus bei ihren Versuchen, das Regelsystem nach SGB II zu erklären und zu rechtfertigen; entsprechend aufgeladen waren die Erwartungen an den Urteilsspruch. Um am Ende doch – fast – ungeschoren davonzukommen.

Die Reaktionen auf dieses Meisterstück juristischer Ausgewogenheit waren entsprechend gemischt: von lauthaltem Jubel bis zu harscher Kritik. Am pointiertesten hat sich vielleicht der Frankfurter Sozialwissenschaftler Rainer Roth zu dem Urteil geäußert und erklärt, das Gericht habe die aktuellen Regelsätze letztendlich für verfassungsgemäß befunden und die Bundesregierung geradezu eingeladen, nur nach einer besseren Begründung zu suchen, statt die Regelsätze schleunigst anzuheben.

Rainer Roth gehört zu der Sorte von Linken, die es mit ihren Texten sonst sehr genau nehmen, oder anders gesagt: die sehr viel Mühe aufwenden, die Wirklichkeit einzufangen. Umso enttäuschter war ich persönlich von seiner Rezeption der Richterentscheidung ...

weiterlesen auf www.amos-zeitschrift.de

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671, Fax: 501673
E-Mail: huettmann.mar@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild:

Manfred Walz

Schlussredaktion:

Axel Lippek

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Herausgabe + Redaktion:

Wolfgang Belitz, Unna
Hartmut Dreier, Marl
Rolf Euler, Recklinghausen
Friedrich Grotjahn, Bochum
Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
Ute Hüttmann, Marl
Wolf-Dieter Just, Duisburg
Jürgen Klute, Wanne-Eickel
Carl-D.A. Lewerenz, Herne
Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
Heinz Listemann, Dortmund
Anna Musinszki, Dortmund
Hermann Schulz, Wuppertal
Renate Wangelin, Bochum

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Einzelpreis: 4,50 €

Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

ISSN 1615 - 3278

Christoph Butterwegge

Kinderarmut in einem reichen Land

Obwohl der 3. Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung am 25. Juni 2008 verabschiedet hat, die soziale Lage von Millionen Menschen, vor allem die Situation der Familien und Kinder, teilweise eher beschönigt, ist weiten Teilen der Öffentlichkeit spätestens seither bewusst, dass (Kinder-)Armut nicht nur in der sog. Dritten Welt, sondern auch hierzulande ein gesellschaftliches Kardinalproblem darstellt. Dies gilt zumindest dann, wenn man darunter nicht nur absolutes Elend, vielmehr auch ein relatives Maß an sozialer Ungleichheit versteht, das Betroffene daran hindert, sich ihren persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten, sich optimal zu entwickeln und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Wenn man so will, handelt es sich hierbei um „strukturelle Gewalt“ (Johan Galtung), die Kinder und Jugendliche noch härter trifft als Erwachsene.

Ihren traurigen Rekordstand erreichte die Kinderarmut im März 2007, d.h. auf dem Höhepunkt des letzten Konjunkturaufschwungs. Von den 11,44 Millionen Kindern unter 15 Jahren lebten damals nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit fast 1,93 Millionen Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, landläufig „Hartz-IV-Haushalte“ genannt. Rechnet man die übrigen Betroffenen (Kinder in Sozialhilfehaushalten, in Flüchtlingsfamilien, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ca. ein Drittel weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von sog. Illegalen, die keine Transferleistungen beantragen können) hinzu und berücksichtigt zudem die sog. Dunkelziffer (d.h. die Zahl jener eigentlich Anspruchsberechtigter, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II stellen), lebten etwa 2,8 bis 3,0 Millionen Kinder, d.h. jedes vierte Kind dieses Alters, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Verschärft wird das Problem durch erhebliche regionale Disparitäten (Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle). So kamen in der ost-sächsischen Stadt Görlitz 44,1 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren aus Hartz-IV-Haushalten, während es im bayerischen Landkreis Starnberg nur 3,9 Prozent waren.

Besonders für Kinder und Jugendliche, deren Lebenswelt viel stärker als jene von Erwachsenen durch eine zunehmende Ökonomisierung und Kommerzialisierung geprägt ist, bedeutet arm zu sein, in mehreren Lebensbereichen (Einkommen, Beruf, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Freizeit) Defizite aufzuweisen. Bei einem Kind ist ein solches Defizit beispielsweise im Wohnbereich dann gegeben, wenn es kein eigenes Zimmer hat. Weil auch die familiären Wohnverhältnisse beengt sind, wird der Kindergeburtstag nicht im Kreis der SchulkameradInnen und FreundInnen zu Hause gefeiert, was zusammen mit anderen Restriktionen eine Isolation der Betroffenen nach sich ziehen kann. In vielen Familien reicht das Haushaltsgeld heute höchstens bis zur Monatsmitte; von da an ist Schmalhans Küchenmeister. Da den Eltern das Geld für die Klassenfahrt ihres Sprösslings fehlt, täuscht man oft ein Unwohlsein des Kindes vor. Wenn man solche qualitativen Kriterien für das Armsein anlegt, steigt die Zahl armer Kinder

sogar auf 3,0 bis 3,3 Millionen Kinder.

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende (überwiegend Frauen) und kinderreiche Familien, deren Haushaltseinkommen zu gering ist, um den Unterhalt von Kindern zu bestreiten, was zu sozialer Unterversorgung und Ausgrenzung (Exklusion) führt. Für die betroffenen Familien erwachsen daraus ökonomische, soziale und psychische Belastungen, ja, sie geraten häufig in eine schwere Zerreißprobe. Familien fungieren nämlich als „emotionaler Puffer“ (Sabine Walper) zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das die sozioökonomische Deprivation hervorruft, und den Kindern, die aufgrund solcher Restriktionen in ihrer kognitiven Entwicklung, schulischen Leistungsfähigkeit, psychischen Stabilität und physischen Konstitution gefährdet sind.

Alleinerziehende und kinderreiche Familien tragen nicht nur ein größeres Risiko als Kinderlose, arm zu werden, sondern bleiben auch länger in einer Notlage. Zwischen den prekären Lebenslagen von Familien, den psychosozialen Folgen für die Kinder und Sozialisationsdefiziten besteht ein Kausal- bzw. Wechselverhältnis, das in einen „Teufelskreis der Armut“ führen und einen „intergenerationalen Schneeball-Effekt“ (Michael Klein) hervorrufen kann. Dies gilt nicht zuletzt für SGB-Bedarfsgemeinschaften bzw. Hartz-IV-Haushalte.

Bis weit in die 80er-Jahre hinein hat der Wohlfahrtsstaat in Westdeutschland zusammen mit günstigen Wirtschaftsdaten und annähernder Vollbeschäftigung dafür gesorgt, dass fast alle Kinder unter guten materiellen Bedingungen aufwuchsen. Mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 änderte sich das insofern, als die Massenarbeitslosigkeit seit jener Zeit nicht mehr verschwand und die von unterschiedlichen Parteien gebildeten Bundesregierungen begannen, Sozialleistungen zu kürzen, Anspruchsvoraussetzungen zu verschärfen und den (Kontroll-)Druck auf die Betroffenen massiv zu erhöhen. Mit der „Agenda 2010“, den sog. Hartz-Gesetzen und den Gesundheitsreformen gipfelte diese Entwicklung in einem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, der seine ganze Architektur, Struktur und Konstruktionslogik verändert.

Eine wesentliche Ursache für die wachsende Kinderarmut ist der beschönigend als „Reformpolitik“ charakterisierte Um- bzw. Abbau des Sozialstaates. Das nach Peter Hartz benannte Gesetzespaket bildete den Höhepunkt dieser „Sozialreformen“ und markiert gleichzeitig eine historische Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland. Besonders Hartz IV trägt durch das Abdrängen der Langzeitarbeitslosen samt ihren Familienangehörigen in den Fürsorgebereich dazu bei, dass Kinderarmut „normal“ wird, was sie schwerer skandalisierbar macht. Die finanzielle Lage von Familien mit Althi-EmpfängerInnen hat sich durch den Übergang zum Alg II verschlechtert, was erhebliche materielle Einschränkungen für betroffene Kinder einschließt. Kinderzuschläge für Geringverdiener in der Höhe von maximal 140 EUR monatlich verhindern nicht, dass Fa-

milien, die (sonst) darauf zurückgreifen müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Betroffen sind auch diejenigen Kinder, deren Väter aufgrund ihres gegenüber der Arbeitslosenhilfe niedrigeren Arbeitslosengeldes II keinen oder weniger Unterhalt zahlen (können), denn die Unterhaltsvorschusskassen bei den Jugendämtern treten maximal 6 Jahre lang und auch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes ein. Beim HLU-Regelsatz stehen sich Kinder unter 7 Jahren jetzt zwar etwas besser, die übrigen Kinder und Jugendlichen jedoch schlechter als früher. Unter dem Wegfall der meisten wiederkehrenden einmaligen Leistungen, etwa für Kleidungsstücke oder defekte Haushaltsgeräte, sowie ihrer Umstellung auf den neuen, gegenüber dem bisherigen nur leicht angehobenen Eckregelsatz leiden primär Familien mit Kindern, deren Bedarf in dieser Hinsicht ausgesprochen hoch ist.

Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht den Hartz-IV-Regelsatz für (Erwachsene und) Kinder als nicht grundgesetzkonform beurteilt und die Regierung verpflichtet, bis zum 31. Dezember die-ses Jahres eine Neuregelung zu treffen. Es wird Zeit, die soziale Ungerechtigkeit für immer zu beenden, dass Kinder unter 6 Jahren mit 60, zwischen 6 und 13 Jahren mit 70 Prozent und ältere Kinder bzw. Jugendliche mit 80 Prozent des Erwachsenen-Regelsatzes abgefunden werden. Kinder wachsen noch, weshalb sie mehr Kleidung und häufiger neue Schuhe als Erwachsene brauchen. Dem hat der Gesetzgeber bisher nicht Rechnung getragen. Vielmehr wurde der Eckregelsatz für einen Alleinstehenden willkürlich festgelegt. Davon pauschal 60, 70 bzw. 80 Prozent für Kinder abzuleiten, trug den spezifischen Bedürfnissen von Kindern überhaupt nicht Rechnung.

Auf der einen Seite wirkte sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zum 1. Januar 2007 besonders für Familien von Geringverdienern und TransferleistungsempfängerInnen nachteilig aus, weil sie einen Großteil ihres Einkommens in den Konsum stecken (müssen). Auf der anderen Seite werden Reiche und Superreiche immer mehr aus der finanziellen Verantwortung für das Gemeinwesen entlassen. Firmenerben hat man teilweise ganz von der betrieblichen Erbschaftsteuer befreit, den Kindern der Burdas, Oetkers und Quandts/Klattens also Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht. Dies zu rechtfertigen fällt selbst neoliberalen Ideologen schwer, die trotz der globalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise schon wieder Oberwasser haben. Zwar muss sich ihrer Meinung nach Leistung lohnen. Aber ist es eine Leistung, der Sohn oder die Tochter eines Milliardärs oder Multimillionärs zu sein?

Christoph Butterwege, Jg. 1951, ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Zugleich ist er Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) (<http://christophbutterwege.de.vu>)

Lesetipps zum Autor

Butterwege, Christoph/Klunt, Michael/Belke-Zeng, Matthias
Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland
 2. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008

Butterwege, Christoph
Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird
 Frankfurt am Main/New York (Campus) 2009



Wir sind Ihre Bank.

360° Beratung heißt für uns, dass wir unsere Kunden, die besonderen Wert auf eine verantwortungsbewusste Anlage ihrer Gelder legen, optimal unterstützen. So bringen wir die Aspekte Rendite, Sicherheit, Verfügbarkeit und Nachhaltigkeit in gleicher Weise in unsere Anlageberatung ein.

Sprechen Sie uns an – gemeinsam mit Ihnen erarbeiten wir ein Anlagekonzept, das optimal auf Ihre Wünsche und Ziele zugeschnitten ist.

TKD-BANK
 Die Bank für Kirche und Diakonie

TKD-BANK eG - die Bank für Kirche und Diakonie • www.TKD-BANK.de • Fon 0231-58444-0 • Info@TKD-BANK.de

Hans Jürgen Krysmanski

Superreichtum und Funktionseliten

Carl Schmitt, der konservative Staatsrechtler und Philosoph, schrieb einmal: „Elite sind diejenigen, deren Soziologie keiner zu schreiben wagt.“ Er musste es wohl wissen. Es gibt jedenfalls Schichten in unserer Gesellschaft, die so einflussreich sind, dass sie öffentlich nicht in Aktion treten müssen. Könnte es ihnen, trotz aller monetären Machtfülle, heute trotzdem allmählich an den Kragen gehen?

Wir hören in den Verteilungsdebatten immer wieder, dass Reichtum in unserer Gesellschaft schon bei Monatseinkommen über 5.000 Euro und bei Vermögen von über 300.000 Euro beginnt (die Immobilie eingerechnet). Im Reichensteuerkampf lässt sich dann gut Angst schüren ums ererbte Reihenhäuschen und Stimmung machen gegen die „neidvolle“ Unterschicht, die nicht arbeitet und trotzdem auch so viel haben will. Interessant wird das Thema aber natürlich erst bei Jahreseinkommen von 250.000 Euro (Singles) beziehungsweise 500.000 Euro (verheiratet). Und dann kommen die noch besser Verdienenden hinzu, bis hinauf zu den Topmanagern in Industrie und Finanz mit



ihren die Millionen- oder auch 10-Millionen-Grenze überschreitenden Gehältern. Auch die Einkünfte von Spitzenpolitikern, die einige Jahre auf Parlamentsbänken oder Ministersesseln darben mussten, um dann mit lukrativen Vorstandsposten für geleistete Dienste entschädigt zu werden, spielen eine Rolle in dieser verqueren Verteilungsdebatte. Hier wird mehr verschleiert als aufgedeckt. Nicht, dass da nicht vieles aus dem Ruder liefe. Es ist eben so: Der Kampf um pekuniäre Vorteile reicht von ganz unten bis ganz nach oben, zerstört die soziale Solidarität und erzeugt ein Klima der uferlosen Korruptierbarkeit. Letztendlich entsteht eine ‚winner-takes-all‘-Mentalität, eine Ellenbogengesellschaft.

Aber oberhalb dieser ganz gewöhnlichen Gier-Gesellschaft gibt es noch eine Region, die seit jeher die Frau und den Mann auf der Straße und auch Religionsstifter, Philosophen und sogar Ökonomen und Soziologen fasziniert hat. Robert Frank vom Wall Street Journal nennt diese Region „Richistan“ und beschreibt sie ausführlich und amüsant in seinem gleichnamigen Buch. Es ist das Land der Superreichen, vollkommen abgehoben, in einem den ganzen Erdball umspannenden nichteuklidischen Raum schwebend. Die Bewohner des Landes Richistan sind so reich, so superreich, dass unser Planet schon zerplatzen müsste, damit auch sie durch irgendeine Krise ernsthaft gefährdet würden oder gar abstürzten. Die Grenzen von Richistan sind fließend. Und es geht kaum noch um Einkommen, sondern vor allem um Vermögen. In harten Zahlen liegt die Grenze zwischen reich und superreich bei rund 500 Millionen Dollar frei verfügbarem Vermögen (also abzüglich der selbst genutzten Immobilien, der zum Lebensstil gehörenden langlebigen Güter wie Autos, Yachten usw.).

Das bedeutet, dass im Kernland von Richistan weltweit rund 10 bis 20 Tausend Superreiche leben, mit einem Vermögen von jeweils über 500 Millionen Dollar. Unter ihnen sind – die Schätzungen gehen weit auseinander – rund 3.000 Milliardäre – wohlgemerkt, weltweit und unter Einbeziehung der dunklen Ecken, sozusagen der Rotlichtbezirke von Richistan.

Wichtig und interessant ist nun aber, dass diesen inneren Zirkel mindestens 100 Tausend „ultra-high net-worth individuals“ (UHNWIs) mit Vermögen zwischen 30 und 500 Millionen und 1 Million „high net-worth individuals“ (HNWIs) mit Vermögen zwischen 5 und 30 Millionen Dollar umgeben. Hinzu kommen rund 10 Millionen HNWIs mit Vermögen zwischen 1 und 5 Millionen Dollar. Diese letzteren Gruppen, die HNWIs, drängen selbstverständlich auch ins Land Richistan, ins Land der Superreichen. Doch die meisten werden an den Grenzen abgewiesen. Diejenigen, die eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, müssen dann oft gehobene Dienstleistungen für die Superreichen erbringen. Wir kennen sie als Spitzenkräfte des Investmentbanking, als Topmanager der Industrie, als Medienmogule usw. – und sogar einige Spitzenärzte, Unterhaltungsstars, Politiker schaffen es, durch die Mauer zu schlüpfen. Ein solches System, in welchem Reiche und Wohlhabende den Superreichtum der absoluten Geldaristokratie absichern und schützen, kann man Plutokratie nennen. Auf jeden Fall handelt es sich um eine zweite Herrschaftsstruktur hinter der öffentlichen, demokratischen Herrschaftsordnung.

Es ist nicht leicht, sich das Leben jener Schichten vorzustellen, welche die allerobersten Ränge der Reichtumspyramide einnehmen. Da gibt es Familien mit über Generationen vererbten (und zum Teil gut versteckten) riesigen Vermögen. Da gibt es neureiche Entrepreneurs und Erfinder aus dem Milieu der neuen Technologien, der Finanzindustrie oder der Massenvermarktung. Und dann die durch korrupte Privatisierungspraktiken aufgestiegenen Oligarchen, Mafia-Milliardäre wie Berlusconi usw. Diese unterschiedlichen Typen von Superreichen haben zunächst einmal kaum gemeinsame Interessen und Kulturen. Vereint aber sind sie durch das gemeinsame Bedürfnis, ihre zentrale und weitgehend abgedunkelte Stellung in praktisch allen Gesellschaften, also quasi ihre planetarische Stellung zu verteidigen und als das Selbstverständlichste und zugleich Unangreifbarste von der Welt erscheinen zu lassen. Solche Absichten können in unserer komplexen Welt nur mithilfe eines umfangreichen „Dienstpersonals“, von so genannten Funktionseliten, befriedigt werden.

Funktionseliten sind unentbehrlich für das Weiterbestehen des Superreichtums. Sie kümmern sich mittels Förderungseinrichtungen, Stiftungen, Privatisierung des Bildungswesens usw. um den Erhalt des Systems, während der Geldadel oft sogar ziemlich ahnungs-, funktions- und orientierungslos dahinluxuriert. Aber wie gesagt, für die richtigen Ahnungen, Funktionen und Orientierungen steht ein Kranz von Funktionseliten bereit: Konzern- und Finanzeliten kümmern sich

um die Vermehrung des Reichtums; politische Eliten sorgen für eine Verteilung des Reichtums von unten nach oben unter tunlichster Wahrung des gesellschaftlichen Konsens; Verwaltungs-, Wohlühl- und Wissenseiten halten diese Gesellschaft des Goldenen Kalbs, ihre Infrastruktur, ihre Kultur und Wissenschaft insgesamt am Laufen.

Doch jene ultimative Oberschicht – um die sich alles dreht und in deren Safes und auf deren Konten der von allen arbeitenden Menschen erzeugte Reichtum zusammenfließt – hat es auch nicht leicht. Einerseits möchte sie sich abschotten, in Ruhe und Muße genießen, beispielsweise den gerade für 90 Millionen Dollar ersteigerten Picasso oder den für 21 Millionen Dollar erworbenen geschnitzten Art-Déco-Sessel oder die Turns mit der 150-Millionen-Megayacht oder den Rückzug in den Privatpalast an der Côte d'Azur. Andererseits müssen auch die Superreichen sich in dieser Mediengesellschaft auf irgendeine plausible Art rechtfertigen und deshalb auch sehen lassen. So trafen sich kürzlich öffentlichkeitswirksam in New York auf Einladung von Bill Gates und Warren Buffett ein Dutzend der reichsten Leute dieser Welt. Milliardäre wie New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg, George Soros, Eli Broad, Oprah Winfrey, David Rockefeller Sr. und Ted Turner redeten über die globale Finanzkrise (unter der sie ernsthaft kaum gelitten hatten), über den Sinn von Philanthropie, aber auch über die wohlfeile Lösung aller unserer Probleme durch Verringerung der Weltbevölkerung. Und die Mainstream-Presse spielt mit. So gab es 2007 einen „Spiegel“-Titel mit der Überschrift: „Die Retter der Welt. Der Feldzug der Reichen gegen Armut, Aids und Klimawandel“. Das Bild zeigte Superreiche und einige ihrer Domestiken – Bill Clinton, Bill Gates, Warren Buffet, Angelina Jolie, Richard Branson –, wie sie als Superhelden den Erdball umkreisen. Das Magazin „Newsweek“ stieß im April 2008 ins selbe Horn. Das Titelblatt verkündete: „Die Superklasse in Aktion. Wie eine neue globale Elite die Kreditkrise bekämpft und unsere Welt umformt“.

Die Sache ist aber ernster. Die amerikanische Herrschaftsstrukturforchung (Power Structure Research) hat ziemlich überzeugend die Pfade nachgewiesen, wie in der „mächtigsten Demokratie der Welt“ heute die zentralen politischen Entscheidungen ablaufen. Und dieses Herrschaftsmodell ist, wie McDonald's, ein Exportschlager geworden. Auch in Berlin versucht man sich ja an einer Kopie. Die Richtlinien der Politik werden in den USA in Netzwerken festgelegt, die weitaus dauerhafter sind (auch was das Personal angeht) als die jeweiligen Präsidentschaften. Es ist völliger Unsinn, den jeweiligen amerikanischen Präsidenten als den „mächtigsten Mann der Welt“ zu apostrophieren. Wir sehen ja, wie Clinton oder Bush und all die anderen und demnächst Obama im (wohlgepolsterten) Machtvakuum verschwinden. Nein, in einer Demokratie hat entweder das Volk die Macht oder die Macht hat sich jenseits der Demokratie in ganz anderen, langlebigen Herrschaftsstrukturen eingenistet. „Die Debatte über die Bestimmung Amerikas“, sagte Al Gore im Präsidentschaftswahlkampf 2000, „wogte immer zwischen denen, die allein aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung das Recht des Regierens beanspruchten, und denen, die an die Souveränität des Volkes glaubten.“

Was ist zu tun, worauf ist zu hoffen? Ich will nur einen

Aspekt herausgreifen. Politische Willensbildung, lebendige Demokratie ist an die Entwicklung der Medien gebunden. Für mich hängt die Zukunft der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes sehr stark vom Schicksal der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ab. Um deren Zukunft ist ja überall ein entscheidender Kampf entbrannt. Derzeit beherrscht eine Handvoll großer Medienkonzerne die Weltöffentlichkeit. Die wollen mit aller, wirklich aller Gewalt auch die Kontrolle über das Internet erzwingen. Das ist ein „Battleground“, der immer mehr ins Zentrum rückt. Die führende amerikanische Online-Zeitschrift „Wired“ gibt sich optimistisch: „Wir unterschätzen, wie sehr die Kraft unserer kybernetischen Werkzeuge in der Lage ist, unsere Köpfe umzubauen. Haben wir wirklich einmal geglaubt, dass wir täglich im Kollektiv virtuelle Welten konstruieren und bewohnen könnten, ohne dass dies unsere Weltsicht verändert? Die Kraft des Online-Sozialismus wächst. Diese Dynamik verlässt die Welt der Elektronen – vielleicht in Richtung Wahlen.“

Hans Jürgen Krysmanski, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Münster. Autor u.a. zahlreicher TV-Reportagen sowie engagiert u.a. als Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Homepage: www.uni-muenster.de/PeaCon/krysmanski

Lesetipps zum Autor

von **Hans Jürgen Krysmanski**:

- Soziologie des Konflikts (1971),
- Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik (1982),
- Gruppenbild. Deutsche Eliten im 20. Jahrhundert (mit Thomas Neumann, 1989),
- Soziologie und Frieden (1993),
- Popular Science. Medien, Wissenschaft und Macht in der Postmoderne (2001),
- Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen (Westfälisches Dampfboot, Münster 2009 - 2. Aufl.)

Einladung

Appell: Heraus aus Afghanistan

AMOS, kultuRRevolution, DISS laden ein zum

2. Werkstatt-Treffen

Donnerstag, 23. September 2010, 16.30 - 22.00 Uhr
Ev. Stadtkademie, Klinikstr. 20, 44791 Bochum

mit Beiträgen u.a. von:

- **Wolfgang Dominik** zur Rolle der Bundeswehr in der deutschen Zivilgesellschaft
- **Tobias Pflüger** zur Militärstrategie Deutschlands
- **Andreas Zumach** über eine Strategie zum Ausstieg aus dem Krieg in Afghanistan

Wir planen, den **AMOS 3|2010** mit dem Schwerpunkt „Krieg, Militarisierung nach Außen und im Innern“ rechtzeitig vor dem Treffen (sozusagen als Material- und Vorbereitungsheft) versandt zu haben.

Die Zeitschrift „kultuRRevolution“ hat in ihrer neuesten Ausgabe Beiträge vom 1. Werkstatt-Treffen des Appells am 6. März veröffentlicht.

Unterwegs in der Kulturhauptstadt



ACHIM NÖLLENHEIDT

RuhrKompakt

Der Kulturhauptstadt-Erlebnissführer

RuhrKompakt bietet einen umfassenden Überblick über die Erlebnisslandschaft Ruhrgebiet mit allen Daten und Fakten. Reich bebildert präsentiert der Band eine einzigartige Region, die einen faszinierenden Mix aus Ballungsraum und Naturlandschaft, Kultur- und Kunstort, Sportmekka und Industrienerbe bietet.

→ 720 Seiten, broschiert, 9,95 Euro
ISBN 978-3-8375-0251-0



GUDRUN NORBISTRATH /
ACHIM NÖLLENHEIDT

Kultur an der Ruhr

Entdeckungsreise
in die Kulturhauptstadt

Der reich bebilderte Führer erschließt den kulturellen Reichtum des Ruhrgebiets als handliches Nachschlagewerk von A bis Z und hilft dabei, im vielfältigen Angebot den Überblick zu behalten. Dazu gehören auch die wichtigsten Projekte der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010.

→ 192 Seiten, broschiert, 5,00 Euro
ISBN 978-3-8375-0266-4



WOLFGANG BERKE

Über alle Berge

Der definitive
Haldenführer Ruhrgebiet

Dieses Buch stellt die wichtigsten Hal-den des Ruhrgebiets vor und gibt etliche Informationen zur Geschichte, Beschaffenheit und Charakteristik der künstlichen Berge. Für alle zugänglichen Halden gibt es außerdem einen Steckbrief und einen umfangreichen Test: Die „Bergprüfung“ verrät, welche Halden wozu am besten geeignet sind und den meisten Spaß bieten.

→ 160 Seiten, broschiert, 13,95 Euro
ISBN 978-3-8375-0170-4



WOLFGANG BERKE

Grüne Route Ruhr

Der Fahrradführer
Ruhrgebiet

Die völlig neue Radfahrer-Generation mit einer Navigation auf Luftbildern! Der Autor nimmt den Leser auf etlichen Schleichwegen und allerneuesten Fahrradtrassen 300 herrliche Kilometer mit auf eine unglaubliche Reise durch das Dickicht der Städte. Abseits der Straßen, durch faszinierende und verblüffende Landschaften, vorbei an vielen Sehenswürdigkeiten und um manche charmante Ecke des Ruhrgebiets.

→ 96 Seiten, Ringheftung, 13,95 Euro
ISBN 978-3-89861-992-9

ÜBERALL IM GUTEN BUCHHANDEL ERHÄLTlich

Klartext Verlag, Heßlerstraße 37, 45329 Essen
Tel. 0201 / 86206-0, info@klartext-verlag.de, www.klartext-verlag.de

www.klartext-verlag.de

KLARTEXT

Stefan Hochstadt

Eure Armut kotzt mich an!

Vor einiger Zeit hatte ich ein Vergnügen besonders zweifelhafter Art: Eingeladen, an der privaten International School of Management (ISM) zu „Stadtmanagement als Methode nachhaltiger Stadtentwicklung“ zu diskutieren, stellte ich neueste Befunde aus der Sozialraumforschung vor. Neben einer gewissen Distanz zu Fragen räumlich ausgeprägter Ungleichheit wurde ich angesichts der Auskunft wachsender Politikferne der marginalisierten Bevölkerung (ausgedrückt über die Nicht-Beteiligung an Wahlen und anderen Formen politischer Willensbekundung) mit folgender Frage konfrontiert:



Wieso auch sollten sich Menschen, die sowieso nichts von Entscheidungsprozessen verstehen, an politischer Willensbildung beteiligen? Der Nachweis des Verstehens sei doch wohl Voraussetzung für Sinnhaftigkeit sog. demokratischer Prozesse – und

genau den zu erbringen, dürften „die Leute in der Nordstadt“ doch eher nicht zu erbringen in der Lage sein. Vorgetragen in einem näselnd gelangweilten Ton von einer rosafarbenen Upper-Class-Studentin, sophisticated, an Verachtung gegenüber den Schmutzkindern und all jenen kaum zu überbieten, die sich an ihren natürlichen Rechten und Besitztiteln vergreifen wollen.

Die ISM wirbt damit, sich als gemeinnützige, staatlich anerkannte Hochschule in privater Trägerschaft ausschließlich über Studiengebühren zu finanzieren. Am Standort Dortmund kriegt man das Semester zum Schnäppchenpreis von 3.780,- Euro, in München muss man schon 4.590,- Euro hinlegen – jeweils ohne Gebühren und das ganz normale Leben, das, wie der Parkplatz in Dortmund demonstrierte, gerne die (wahrscheinlich elterliche) Finanzierung eines schnittigen juvenilen Fahrzeugs neuester Bauart (Typ Roadster) bayerischer Herkunft umfasst. Da wird man wohl nicht allzu oft und allzu penetrant mit dem riechenden Leben draußen belästigt.

Neulich auf der Millionärsmesse in München: TV-Entertainer Oliver Pocher macht telegene Scherze mit den Millionären (und nur in öffentlich-rechtlich aushaltbarem Maß auf ihre Kosten), räkelt sich auf Tigerfellen und findet Gefallen an blondiertem Millionärsnachtisch. Der norddeutsche Rundfunk ist härter, schaut vorher bei der Münchner Tafel vorbei, wo gerade dringender Bedarf an weiteren Großraumfahrzeugen zum Transport von zu verteiler Ware an Bedürftige herrscht. Ein solches auf der Millionärsmesse über Spenden zu beschaffen, nimmt sich das Team vor und scheitert gran-

dios. Die reich ornamentierte Dame unbekanntes Alters und mit guten Beziehungen zur Fettabsauger- und Botoxbranche lässt sich, eben noch gut gelaunt von ihrer Lust auf ein neues Pelzchen palavernd, doch glatt den Nachmittag versauen. Igit, ungeschützter Verkehr mit dem Leben, unmittelbar, konfrontativ – erschütternd. Dickbäuchige Kinderchen mit dürren Ärmchen mit Fliegen im verklebten Gesicht aufm Flatscreen für 75 europäische Riesen bieten immerhin die Möglichkeit, ein Tränchen wegzudrücken, das vom Edel-Accessoire-Hündchen weggeschleckt werden darf – bevor man das Programm wechselt. Aber so im privaten Leben, mitten in bester Shopping-Laune, ist das schon ein frevelhafter Übergriff. So weit sind wir also schon gekommen.

Auf die Krise angesprochen kriegen die zahlreich erschienenen Vertreter der Medienbranche (Millionärsmessen bieten nun mal viele Bilder, die sich gut vermarkten lassen: Abziehbilder dummer Dreistigkeit und doch Symbole des Möglichen, Zuckerbrot und Peitsche unserer freiheitlich-individuellen Gesellschaft) bestenfalls irritiertes Augenbrauenlupfen ob der Naivität einer solchen Frage. Was geht mich die Krise an? Von welcher Krise reden wir eigentlich gerade? Haltet mich nicht für einen Stümper, den eine Krise ficht, für die noch immer die Gesellschaft (also Ihr) geradezustehen hat. Garniert werden solche Positionierungen gerne mit Weisheiten fürs Leben: Mit Geld sollte nur spielen, wer es hat. Womit die Verhältnisse mal wieder geradegerückt wären.

Vagabundierendes Kapital, das schon lange keine gewinnbringende Anlage mehr sucht, sondern nur hedonistischen Ausdruck des eigenen Wohlgehens. Ein Wohnmobil für eine schlappe Million, willst Du mich langweilen? Wo soll ich da meinen Ferrari parken? Das Produkt „Millionärsmesse“ geht gut, Millionäre wollen halt auch nur ein bisschen shoppen. Egal, ob in Amsterdam, Istanbul, Moskau, München oder anderswo.

Millionäre auf ihren Törns. Millionärstöchter mit spezifischem Demokratieverständnis. Während der Rest wieder in die Hände spuckt, spucken sie uns ins Gesicht.

Dr. Stefan Hochstadt, Diplom-Soziologe, schreibt dann und wann und immer wieder gerne für AMOS und arbeitet ansonsten an der Fachhochschule Dortmund: Leiter des Forschungsbereiches „Planen und Bauen im Strukturwandel“ am Fachbereich Architektur, ist besonders interessiert an allen Fragen zur Stadtentwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Ungleichheit in sozialer, ökonomischer, kultureller und räumlicher Hinsicht. Kontakt: Fon: 0231-755 44 45 – E-Mail: hochstadt@fh-dortmund.de – Web: www.demografie-im-raum.de



Peter Strege

Armut und Reichtum 2

Du bist kein lokaler Held!

Was der Sprache geschuldet ist, kommt aus dem gelebten Leben.

Alltag öffnet seine Pforten denen, die auf ihrem Kopfkonto und in den sieben Taschen jenes haben, das sie anderen voraus oder auch weggenommen haben.

Was gilt, ist die Kopfpauschale!

Die muss gar nicht erst eingeführt werden. Als Versorgungsmodell und Vorsorgemaßnahme existiert sie bereits seit Ende der Vollbeschäftigung und gilt als quasi naturhafte Bereinigung solcher Prozesse, die am oberen Limit als gerecht(fertigt)er Lohn aller Anstrengung, im unteren Sektor aber als selbstverschuldetes Schicksal verstanden werden sollen.

Es geht um die interpretatorische Gleichung Darwin'scher Prägung, die davon schwärmt, dass evolutionsbedingte gesellschaftliche Veränderungen den Glauben an höhere Mächte festigen.

Somit gilt, dass, wenn Arbeit lohnend ist, sie sich in Reichtum niederschlägt, somit die Glückseligen Gott näher bringt und diejenigen, die davon wenig oder nichts abkriegen, mit der Last der Armut beschwert.

Diese werden Aldi-, Lidl-, Netto-, Harz 4-etc.-abhängig und fallen der Gemeinschaft zur Last.

Damit sie nun doch nicht ganz aus dem Gleichschritt geraten, werden – so die politische Leitlinie derer, die derzeit den Ton anschlagen – die Krankenkassenbeiträge unabhängig von der Einkommens- und Besitzsituation per Kopf und Wesen pauschaliert. Das heißt, jede Frau und Jedermann zahlen für ihren Bazillusbefall oder die karzinogene Erkrankung das Gleiche ein.

Gerechtigkeit wird im Lande einziehen, weil die gesundheitsvorsorgliche Belastung uns alle gleich erscheinen lässt.

Mit der alltäglichen Lebensausgestaltung der meisten Menschen sieht es freilich anders aus.

Dort wird dem Modell „alle seien gleich“ Zuspruch gewährt, d.h. dem Rechtsanspruch der Gleichheit aller Genüge getan, hier nun sollen wir akzeptieren, dass die Wohlfahrt beim Zugriff auf Reichtum den eher wenigen vorbehalten sein soll, die das Glück gehabt haben, als „tüchtig“ anerkannt und entsprechend für ihr Dabeisein entlohnt zu werden.

Da machen dann die Unterschiede die Unterschiede aus, und von Niveau kann erst die Rede sein, wenn die Konsumfähigkeit des Einzelnen die 100.000-Euro-Grenze im Jahr geknackt hat.

Sicher, die mit den goldenen Zäunen auf fernen Inseln werden darüber schmunzeln und ein Auge auf den Zustand ihrer Portokasse werfen lassen.

Die sich selber als Normen gebend betrachten, reden von der Sozialisation durch Arbeit, an der sie verdienen, wenn die sie erledigen, die zunehmend weniger davon haben, weil diese zugunsten schneller Profitmaximierung dahin vergeben

wird, wo noch ärmere Menschen für noch weniger Geld bereit sind, die Produktion zu übernehmen. Bleibt also die Zunahme derer, die in prekären Lebensverhältnissen sich verbeheimatet fühlen und in schöner dekadenter Tradition sich unterhalten lassen sollen. Dass dabei die der Arbeit geschuldete Einübung in soziales Verhalten auf der Strecke bleibt, leuchtet ein und sorgt, da die Profiteure auch nachdenken können, dafür, dass die zunehmende Entsozialisierung nach ordnungskräftiger Überwachung schreit und von der herrschenden Klasse die Struktur unserer ehemals demokratisch ausgerichteten Gesellschaft mehr und mehr nach militärischen Denkmustern sich auszurichten beginnt.



Es ist an der Zeit. Die Scham schlägt um in Wut und will nach Veränderung schreien. Hebe der Zorn an!

Wobei die Veränderungsnotwendigkeit zuerst darin besteht, die grundgesetzliche Verabredung unserer Gesellschaft so wieder herzustellen, dass die selbstverständlich gewordene spekulative Bereicherungsschieflage als das angesehen und empfunden wird, was sie ist, nämlich die Hinwendung zum Betrug bei gleichzeitiger Beschwörung des Gegenteils.

Es stimmt immer noch: Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!



*Peter Strege wohnt in DO-Huckarde, *1942, Studium der Malerei: „Nachdem ich als Regisseur, Dozent und Erwachsenenbildner Geld verdiente, habe ich weiterhin bis heute gemalt, geschrieben und gedenke, es weiterhin zu tun.“*

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Carl-D.A. Lewerenz

Privat-Insolvenzen:

50mal so viele sind überschuldet

Als kürzlich in den Medien „130.698 Privat-Insolvenzen“ im Jahre 2009 in der BRD gemeldet wurden, ist bei den meisten LeserInnen die Vorstellung hervorgerufen worden, von den rund 64 Millionen erwachsenen Menschen in Deutschland könnten nur ungefähr 0,2% ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen. In Wirklichkeit sind es aber schätzungsweise rund 6 Millionen Menschen in Deutschland, die als insolvent anzusehen sind. Grundsätzlich bedeutet „Insolvenz“ nämlich nur die Tatsache der Un-Fähigkeit zur Erfüllung von fälligen Zahlungsverpflichtungen. Die Verwendung des populären, aber unklaren Begriffs „Privat-Insolvenz“ meint aber wohl das mensch-bezogene „Verbraucher-Insolvenzverfahren“.

Die 130.698 angegebene Anzahl von „Privat-Insolvenzen“ bezieht sich also lediglich auf die Anzahl der bei den



Insolvenz-Gerichten eröffneten Schuldenbefreiungsverfahren („Verbraucher-Insolvenzverfahren“), deren AntragstellerInnen das Ziel der Zahlungs-Entpflichtung durch Gerichts-Beschluss („Restschuldbefreiung“) verfolgen. Seit

Januar 1999 gibt das Gesetz mit der Bezeichnung „Insolvenzordnung“ Menschen mit zuviel Schulden die Möglichkeit der Zahlungs-Entpflichtung durch Gerichtsbeschluss. Ein solcher Beschluss erfolgt aber erst nach Ablauf einer sechsjährigen Treuhandzeit („Wohlverhaltensperiode“). Während dieser Treuhandzeit überweist die Lohnleistungs-Stelle (oder die Lohnersatz-Leistungsstelle) die jeweils gesetzlich als zumutbar („pfändbar“) angesehenen Beträge an die gerichtlich beauftragte Treuhandstelle. Diese zwingt davon die eigene Vergütung an sich ab und leitet die restlichen Beträge forderungs-anteilig an die Forderungs-Personen („Gläubiger und Gläubigerinnen“) weiter.

Von den von Zahlungs-Überpflichtung („Überschuldung“) betroffenen zahlungsunfähigen Menschen ist jedoch nur ein geringer Anteil in der Lage, die komplizierten Antragsvordrucke für dieses Schuldenbefreiungs-Verfahren auszufüllen, und die entsprechenden Beratungsstellen sind meistens wegen geldmangel-bedingter Unterbesetzung auf längere Zeit ausgebucht.

Sozial-Indizes wie Zwangs-Räumungen, Strom-Sperren und Vermögens-Offenbarungen („Offenbarungs-Eid“) lassen aber vermuten, dass statt der suggerierten 0,2% etwa 10% der erwachsenen Menschen in Deutschland als zahlungs-überpflichtet im Sinne der Insolvenzordnung anzusehen sind. Das sind 50mal mehr als die Presse-Meldungen zunächst denken lassen. 6 Millionen sind erstaunlich viele Menschen, die ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig erfüllen können. Die meisten sind durch so genannte „kritische Lebensereignisse“ – wie Wegfall des Arbeitsplatzes, Krankheit oder

Trennung – in diese missliche Situation geraten.

Als zahlungs-überpflichtet im Sinne der Insolvenzordnung gilt aktuell, wer innerhalb der nächsten sechs Jahre mit den nach der gesetzlichen Zumutbarkeits-Tabelle (Lohnpfändungs-Tabelle) pfändbaren Anteilen seines Einkommens und ggf. der Hälfte des Werts einer Erbschaft („Vermögenserwerb von Todes wegen“) seine fälligen Zahlungsverpflichtungen (Schulden) voraussichtlich nicht vollständig erfüllen kann.

Die insolvenz-rechtlich noch unversorgten ca. 5.870.000 zahlungs-überpflichteten Mitmenschen in Deutschland könnten ebenfalls die Beantragung eines Verbraucher-Insolvenzverfahrens ernstlich in Erwägung ziehen. Auskünfte über entsprechende Beratungsstellen erteilen die kommunalen Sozialämter.

Carl-D.A. Lewerenz ist Diplom-Jurist (Ruhr-Universität Bochum) und wirkte über zwei Jahrzehnte als Schuldenberater in der von ihm initiierten Schuldenberatung Bochum (SB-BO) und währenddessen mehrere Jahre auch als SB-Fachberater des DPWV in NRW und als Mitglied im dreiköpfigen Zentral-Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung. (carldalewerenz@arcor.de)

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Frau
=
Mutter?

Lena Correll

Anrufungen zur Mutterschaft

Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit

(Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 13)

2010 - 330 S. - € 34,90

Ausgehend von dem Phänomen Kinderlosigkeit zeichnet Lena Correll in ihrer wissenssoziologischen Studie nach, wie Frauen im politischen Diskurs und seiner institutionellen Infrastruktur zur Mutterschaft aufgerufen werden. Die Aufarbeitung regierungsnaher Diskurse in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges belegt, dass die demographische Entwicklung erst seit einigen Jahren als Katastrophe angesehen wird, obwohl die Geburtenzahlen seit Jahrzehnten sinken. Durch die Verschränkung der Diskursanalyse mit einer hermeneutischen Rekonstruktion der biographischen Umgangsweisen von Frauen jenseits der Norm ‚biologischer Mutterschaft‘ wird deutlich, dass weibliche Kinderlosigkeit in Deutschland nicht nur gesellschaftlich als Abweichung konstruiert wird, sondern auch individuell nach wie vor legitimierungsbedürftig ist.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Rolf Stefaniak

Privat vor Staat

Bei ihrem Versuch, die Politik abzuschaffen, sind die Politiker weit gekommen. Die deutschen Sozialdemokraten sind nicht die Nachhut, sondern die Avantgarde dieser Bewegung. Das hat die Bevölkerungen weltweit in eine Minderheit und eine Mehrheit gespalten: in solche, die an diesem Kurs profitieren, und in solche, die unter die Räder geraten. Es hat uns eine Fünf-Parteien-Republik, das Ende der Volksparteien und eine Wahlbeteiligung um die sechzig Prozent beschert.

Als Partei der Reichen gilt die Westerwelle-FDP. „Leistung muss sich wieder lohnen“, heißt ihr Slogan. Vergessen hat sie hinzuzufügen, dass „Sich Lohnen“ auf andere zielt als die „Leistung“, die zu erbringen ist. Rückt man den Slogan zurecht, steht er für nichts als die Bereicherung der einen auf Kosten der anderen, also in der Regel für die Leistung der



Dummen zugunsten des Reichtums der Schlaunen. Alle ihre Minister, welches Amt sie auch innehaben, sind Wirtschaftsminister: Türöffner der Konzerne, vor welche Tür sie auch immer zu stehen kommen. (Einzige Ausnahme ist eine

Frau: Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, wohl die letzte Sozialliberale in ihren Reihen.)

Der philosophische Sozialdemokrat Peter Sloterdijk hat ein Manifest geschrieben, das zu seinem Leitstern den Leistungsträger gewählt hat: „Aufbruch der Leistungsträger“. Seine Lösung: Wir schaffen die Zwangssteuer ab und führen die Schenkung ein. Die Leistungsträger schenken dem Staat soviel sie wollen und erfahren Anerkennung. (Was daraus werden kann, erlebt gegenwärtig der reiche US-Bundesstaat Kalifornien; er ist pleite.)

Tatsächlich ist die FDP eine Partei des Mittelstands oder Kleinbürgertums. Sozialliberale haben vor Jahrzehnten vorgemacht, dass sie ihre Klientel auch mit den abhängigen Mittelschichten der Sozialdemokratie verbrüdernd können. Die heutige FDP im Verein mit der CDU will anderes: Sie will ihre Wähler ans Großbürgertum heranzuführen; also muss sie auch deren Erwartungen im Auge haben. Zu ihren Favoriten zählen eher diejenigen, die aus ihrem Vermögen mehr Vermögen zu machen verstehen und auf Einkommen jedenfalls aus unselbständiger Arbeit nicht weiter angewiesen sind.

Die schwarz-gelbe Koalition wird eine bürgerliche genannt. Dabei hat sie die Bedeutungen verschoben; galt für lange Zeit der Staatsbürger als Repräsentant des demokratischen Gemeinwesens, hat sie an seine Stelle den Besitzbürger gesetzt. Und dessen Begehren ist der Eigennutz und nicht das Gemeinwohl. Der Bourgeois hatte seine direkte Herrschaft an eine demokratische Gesellschaft der Citoyens abgetreten; in ihr sollte das Gemeinwohl gelten, das im freien Verkehr aller Bürger geregelt werde. Mag diese Idee immer auch scheinhaft gewesen sein, so ist der Weg zurück nicht nur mit mehr Klarheit und Wahrheit markiert. An die Stelle der Zivilgesellschaft rückt diese Koalition und voran die FDP das nackte Interesse der Klassenherrschaft. Als Erstes knöpft sie sich den Sozialstaat vor. Als Zweites gerät sie in die größte Pleite, die die kapitalistische Welt seit 1929 gesehen hat. Also versuchen Politiker wieder aufzuheben, was sie leichten Herzens fallengelassen haben. Versuchen sie es?



Rolf Stefaniak, Jahrgang 1944, Journalist

Vernetzung braucht Kohle



Spendenkonto:

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit

Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37, Kto.: 234 389

www.buko.info



Anna Musinszki, Manfred Walz, Maria Garrido

Menschenorte 7: bei Hassan im taranta babu, Dortmund

Von der Insel Büyükada, der größten der vier Prinzeninseln im nördlichen Marmarameer ging Hassan nach Istanbul, um Fotografie zu studieren, dann nach Marseille. In Dortmund kam er 1970 an. „Purer Zufall“ sagt Hassan und später meint er knapp, es war „Abenteuerlust“.

Er erinnert sich zurück an das Leben auf der Insel: Überall waren die Türen offen, für ihn immer die in die Küche von Madame Toto. Es wurde griechisch, aramäisch, türkisch und sephardisch gesprochen. Später dann in der Großstadt, es war 1969, wurde er festgenommen. Für den kleinen kommunistisch-sozialistischen Verlag hatte er Papier geklaut, wegen der in Istanbul herrschenden Papierknappheit. „Was hast Du gemacht mein Sohn?“ fragt ein strenger Richter. „Wir haben Papier geklaut – wir wollten schreiben.“ „Ab ins Gefängnis – lebenslang“, sprach der Richter. 1970 gelang ihm die Flucht aus der Türkei, als das Militär geputscht hatte. Es trieb ihn über das Meer ins internationalistische Marseille. Dort blieb er nur kurz, denn bald ging er 1970 wegen der Liebe und der Fotografie nach Dortmund – er war jetzt zweiundzwanzig. Für ein paar Jahre landete er zum Broterwerb als Fotolaborant bei Busse.

Das Leben fordert mehr als nur Brot: Der deutsch-türkische Freundeskreis, erster Ausländerverein wird mit ihm gegründet. Viele seiner Freunde gehen in der zweiten Hälfte der Siebziger

wieder zurück in ihre Heimat – nach Spanien, Griechenland oder Portugal. Ein paar Jahre später, 1979, gründet er – auch wegen des erneuten Militärputsches in der Heimat das Haus der offenen Türen – taranta babu – im Dortmunder Klinikviertel. Ein Mikrokosmos nahe dem Dortmunder Hauptbahnhof, der vieles vereint: eine Buchhandlung, das Literatur-Café, eine Teestube und viel Freiräume für Fotoausstellungen und Debatten in vielen Sprachen des Mittelmeeres. Das Motto des „taranta babu“ ist: „Gelegenheiten schaffen, die Vielfalt der Sprachen und der Kulturen leben.“ Nur an der Theke sprechen alle deutsch – beim Bezahlen. „Richtig seßhaft gemacht hat mich die soziale Bewegung im Ruhrgebiet. Wir wollten und wollen immer noch alles: die Zivilgesellschaft – von den Antifaschisten bis zum bewegten Bürger.“

Und seine Insel im Marmarameer? Erst nach der Amnestie der politisch Verfolgten 1984 konnte er sie wieder besuchen. Fortan wurde das „rote Notizbuch“ an der Grenze in die Tür-

kei nicht mehr gegen ihn aufgeklappt.

Wichtig ist ihm heute noch: Den Traum vom Austausch unterschiedlicher Gedanken zwischen Menschen wachsen zu lassen, den Traum, den Nazim Hikmet im Gefängnis für Taranta Babu träumte. In dem Haus in Dortmund sollen jeden Tag viele Türen offen sein und viele Sprachen nebeneinander lebendig bleiben – neuerdings auch virtuell in den vierundzwanzig Stunden jeden Tags: www.tarantababu.de

Anna Musinszki, (Text) Dipl.-Ing. der Raumplanung, Dozentin und Forschungstätigkeit; Aufbau und Mitarbeit im Institut für soziale und ökologische Forschung e.V. – Akoplan, Dortmund; Beteiligung an Strukturwandel-Projekten im Ruhrgebiet, Sie ist Mitherausgeberin des AMOS. E-Mail: Anna.Musinszki@t-online.de

Manfred Walz, (Text + Buchladenzzeichnung) Jg. 1940, in Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblatzeichner des AMOS

Maria Garrido, (Portrait) aus Spanien über England und Hamburg ins Ruhrgebiet gekommen, Informatikerin, auf neuen Wegen in Erziehung und Malerei unterwegs



Lesetipps

von Georg Leifels

Margot Käbmann
Fantasie für den Frieden
oder: Selig sind, die Frieden stiften
edition chrison, Frankfurt a.M. – 104 S. – geb. im Westentaschenformat

Mit einer bemerkenswerten Wahrheit startete Margot Käbmann ins Jahr 2010. „Nichts ist gut in Afghanistan“. Wohl wahr, nicht nur deshalb, weil die große Mehrheit unseres Volkes so denkt. Aufgescheucht fühlen sich jene aus Politik, Wirtschaft, Medien und Lobbystruktur, die uns in den vergangenen Jahren den kriegerischen Einsatz dort schmackhaft machen wollten. Schließlich braucht der militärisch-industrielle Komplex, wie ihn Helmut Gollwitzer nannte, Futter. Die damalige Absegnung vom Bundestag ging zu fix und demokratisch unsittlich über die Bühne. In dieser kleinen Schrift erläutert sie schnörkellos und theologisch redlich ihren friedensethischen Hintergrund. Auch nach der Niederlegung ihrer Ämter bleibt diese Gedankenführung hochaktuell, weil unmittelbar jesuanisch.

Ahne
Neue Zwiegespräche mit Gott
Voland & Quist, Dresden/Leipzig – 128 S. – mit Klappenbroschur und komplett besprochener AUDIO-CD durch den Autor höchstpersönlich
Zwiegespräche mit Gott gehören zu den ältesten Übungen der Menschheit. Mitunter nennen wir es Gebet, liturgisch gebunden oder ziemlich frei. Ahne macht das alles ganz anders. Er denkt beim Reden, im Dialog mit seinem Gott-Gegenüber entwickeln sich kesse Gedanken, und dabei ist er sympathisch am Berlinern. Dieser Tresenleser ist so klug und weise, den Gott nicht im Tempel zu suchen, sondern eher in der Kneipe an der Ecke. Dort kann man der Wahrheit so richtig uff de Pelle rücken. Ahnes Kunst- und Denkstück besteht darin, auch die heiligen Kühe der Theologie auf Trab zu bringen. Da verlieren die schon mal ein bisschen Milch der Dogmen und der amtlichen Glaubensbekenntnisse. Und er weicht um Himmels willen nicht jener Frage aus, die die Menschen seit Tausenden von Jahren bewegt: Wenn es Gott gibt, wieso hat dann das Böse eine derartige Wirkkraft? Lesen und hören Sie Ahne, dann erhalten Sie zwar nicht die Antwort, aber immerhin eine sehr persönliche und ehrliche allzumal.



Georg Leifels, Jahrgang 1951, weiteres siehe AMOS 1|2010, S. 19

Ernesto Cardenal

DEN HIMMEL AUF DIE ERDE!

IWWWF

Auf Einladung von Gregor Gysi sprach Ernesto Cardenal auf dem Parteitag der Linken im Mai 2010. Wir drucken eine gekürzte Fassung seiner Rede.

Der Schriftsteller Chesterton sagte einmal, dass das Christentum nicht gescheitert sei, denn es sei ja noch nie in die Praxis umgesetzt worden. Gleiches sage ich auch jenen, die vom Scheitern des Marx'schen Kommunismus sprechen: Er ist nicht gescheitert, denn er ist noch nie in die Praxis umgesetzt worden.

Ich bekenne mich als Kommunist und als Christ, doch eigentlich waren die ersten Christen die ersten Kommunisten. Bei Lukas heißt es, dass es unter ihnen keine Armen gab, und jedem wurde nach seinen Bedürfnissen gegeben (Apg. 4, 34-35). Das ist dieselbe Art und Weise, in der viele Jahrhunderte später Marx den Kommunismus definierte. Tatsächlich hat der Kommunismus einen christlichen Ursprung. Es war eine grobe Verfälschung, dass man dieses Christentum später antikommunistisch ausrichtete. Der Mexikaner Miranda, linker Theologe, schreibt in seinem Buch „Der Kommunismus in der Bibel“: „Welche Art von Wahnsinn hat die westliche Welt befallen, dass sie als ihren Hauptfeind das bekämpft, was das christlichste aller Konzepte ist?“

Lukas berichtet uns von den ersten Christen: „Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hielten alle Dinge gemein“ (Apg. 2,44). Und weiter: „Keiner sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären“ (Apg 4,32). Was zeigt, dass der Kommunismus von allen geteilt wurde und nicht nur einigen wenigen vorbehalten war. Der Kommunismus war Vorbedingung, um Christ zu sein. Christ zu sein, war die freie Entscheidung jedes einzelnen, niemand wurde dazu gezwungen.

Die Reichen sind in der Bibel die „Ungerechten“. „Reich“ ist gleichbedeutend mit „ungerecht“. In der Bibel wird Reichtum durch Diebstahl, durch Raub angehäuft, deshalb bedeutet „reich“ „ungerecht“. Das Gesetz ist auf ihrer Seite, und der Raub, den die Reichen begehen, findet im Rahmen eines Unrechtssystems auf legale Weise statt.

Ein unheilvolles Missverständnis entstand, weil Matthäus „Himmelreich“ nennt, was die anderen Evangelisten „Reich Gottes“ nennen. Er tut dies wegen der jüdischen Tradition, aus Respekt den Namen Gottes nicht zu erwähnen.

Es ist eine andere Welt zu verweisen, war ein Verrat am Evangelium. Das Reich Gottes wird eine gerechte, perfekte und klassenlose Gesellschaft sein. Deshalb schrieb ich in einem Gedicht: „Kommunismus oder Reich Gottes auf Erden, das ist dasselbe.“ ...

Es ist längst überfällig, dass Christen und Marxisten zusammengehen, so wie es der Paläontologe und Mystiker Teilhard de Chardin schon prophezeite. Wir Christen sind spät zum Marxismus gekommen, aber wir sind gekommen, um zu bleiben. Besser gesagt, wir sind zu unseren Wurzeln zurückgekehrt. Die Menschheit war sozialistisch, bis das Privateigentum entstand. Der Theologe Leonardo Boff hat Recht, wenn er sagt: „Die sozialistischen Ideale sind tief in diesem politischen Wesen verwurzelt, das der Mensch ist“ ...

Zu Nicaragua und Lateinamerika:

In Nicaragua haben wir eine marxistische und christliche Revolution gehabt, breit von den Christen unterstützt, mit Priestern in der Regierung. Für viele von uns war sie vielleicht die schönste Revolution der Welt. Sicherlich jene mit der meisten Unterstützung aus aller Welt.

Diese Revolution wurde durch die Intervention der USA zu Fall

gebracht, die die Bevölkerung durch Krieg, Wirtschaftsembargo und Blockade dermaßen unter Druck setzten, dass sie in demokratischen Wahlen einen Regierungswechsel herbeiführen konnten. Doch das Schlimmste kam erst danach: Diese Wahlniederlage demoralisierte einen Teil der wichtigsten Revolutionsführer so sehr, dass sie jegliche Moral verloren und sich durch eine Welle der Korruption bereicherten, bevor sie die Macht an die neue Regierung übergaben, wodurch die sandinistische Partei aufhörte, revolutionär zu sein. Aus diesem Grunde sind viele von uns aus der FSLN ausgetreten, und heute sind vielleicht 80% der Sandinisten nicht mehr in der Partei. In Wahrheit gibt es jedoch keine Revolution, keinen Sandinismus und keine Regierung der Linken mehr.

In den letzten Jahren sind aber in Lateinamerika neue linke Regierungen entstanden, um eine zweite Unabhängigkeit herbeizuführen (diejenige vom nordamerikanischen Imperialismus, nach der ersten vom spanischen Kolonialreich), doch lässt sich die derzeitige nicaraguanische Regierung auf gar keinen Fall mit ihnen vergleichen ...

Ganz anders ist da der Fall der anderen Länder, in denen tatsächlich eine Revolution an der Regierung ist. Lange Zeit war nur Kuba unabhängig von den Vereinigten Staaten. Jetzt gibt es im Venezuela des Präsidenten Hugo Chávez eine bolivarianische Revolution, die das unvollendete Projekt von Simón Bolívar wieder aufnimmt, alle Länder Lateinamerikas in einem einzigen Bündnis zu vereinen, um sich gegen den Norden wehren zu können. Die kapitalistischen Medien haben das Bild von Chávez verfälscht. Auch die Regierung Rafael Correas in Ekuador hat sich sozialistisch erklärt. In Bolivien ist ein Aymara-Indio, Evo Morales, Präsident geworden. Und genauso scheint es wie ein Wunder, dass in Paraguay nach so vielen Diktaturen jetzt ein Bischof der Befreiung Präsident ist. Und nicht zu reden von Uruguay, wo kürzlich ein Tupamaro-Guerrillero Präsident geworden ist. In Brasilien regiert ein linker Gewerkschaftsführer. Aus allen diesen Gründen wage ich zu sagen, dass die Zukunft Lateinamerikas (und der Welt) sozialistisch sein wird.

Ich habe vorhin gesagt, dass „Revolution“ zu sagen dasselbe war wie „Himmelreich“ zu sagen. Ich glaube an ein Himmelreich, das auf dieser Erde sein wird. Aber ich glaube auch an den Himmel. Schauen wir nur nachts nach oben: Diese Millionen von Sternen mit bewohnten Planeten, mit Revolutionen und Revolutionen wie der unseren. Die Erde und der gesamte Kosmos, die Gemeinschaft der bewohnten Planeten, das ist das Himmelreich.

Ernesto Cardenal, geb. 20.1.1925 in Nicaragua ist ein vom Vatikan (Papst Johannes Paul II) suspendierter Priester, politisch engagierter Schriftsteller und Dichter. 1961 „Psalmen“ begründen international seinen Ruhm. 13.2.1966 Gründung der Kommunität „Solentiname“ („Das Evangelium der Bauern von Solentiname“ initiiert auch international eine praktische, „militante“ Lektüre der Bibel - aus der Perspektive der Kleinen Leute). Seit Mitte der siebziger Jahre Arbeit in der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN im Widerstand gegen die Somoza-Diktatur; nach deren Sturz 1979 (bis 1987) Kultusminister im revolutionären Nicaragua („Alphabetisierung“ nach Maßgabe: Jeder Mensch ein Künstler; „Unser Land mit den Menschen, die ich liebe“). Seit 1989 „Cantico Cosmico“. Dreibändige Autobiografie. Seit Jahren regelmäßige Lese-Reisen mit Grupo Sal in Deutschland. Alle seine Werke im Peter Hammer Verlag, Wuppertal.

Lutz Kliche hat viele Jahre als Kulturschaffender in Lateinamerika gelebt und gearbeitet. Er ist der Übersetzer der Werke von Ernesto Cardenal, Eduardo Galeano, Gioconda Belli und anderen lateinamerikanischen Autoren.

Gideon Levy – Haaretz – 03.06.2010

Netanyahu hatte Recht

Die Zeit ist gekommen, wo wir alle vor dem Ministerpräsidenten den Hut ziehen müssen. Benyamin Netanyahus Voraussagen haben sich als akkurat erwiesen und seine Prophezeiungen sind vor unseren Augen wahr geworden. Nun können wir stolz erklären, dass unsere Regierung von einem Mann mit Weitblick angeführt wird, einem Staatsmann, der die Zukunft vorausgesagt hat. Selbst seine größten Kritiker können dies nicht leugnen. Die Fakten sprechen für sich selbst.

Netanyahu sagte, die ganze Welt ist gegen uns. Hatte er nicht Recht? Er sagte auch, wir leben unter existenzieller Bedrohung. Beginnt es nicht, danach auszusehen? Warte noch einen Augenblick, und die Türkei wird mit uns auch im Krieg sein. Netanyahu sagte, es gebe keine Chance, ein Abkommen mit den Arabern zu erreichen. Hat er damit nicht ins Schwarze getroffen? Unser Ministerpräsident, der die Gefahr aus jeder Gasse kommen und Feinde hinter jeder Ecke lauern sah, der immer gelehrt hat, es gebe keine Hoffnung, der in uns hineinhämmer-te, dass wir immer mit dem Schwert leben werden (genau wie sein Vater, der Historiker, ihn gelehrt hatte) und der wusste, wovon er sprach.

Wir hatten seit David Ben-Gurion keinen wie ihn. Er ist ein echter Prophet, dessen jede Voraussage wahr wird, eine nach der anderen – ei-ner, der wirklich auf seine Leistungen stolz sein kann. Genug des Spotts, genug der Lächerlichkeit. Denn Netanyahu ist nicht nur ein Pro-phet; seine Führung hat das ganze Land hochgerissen. Da gibt es niemanden, der ihn hindern kann, seine Visionen zu realisieren; bald werden die Experten schreiben, dass Netanyahu Recht hatte.

Dieses Land hat nun einen blinden Kapitän im Cockpit, der seine Passagiere, deren Augen verbunden sind, mit beispielhafter Präzision zu dem von ihm vorausgesehenen Ziel fliegen wird. Wenn es da noch ein Objekt seiner Panikmache gegeben hätte, das es vor dieser Woche nicht gegeben hat, so kam nun das entsetzliche Kapern der Flotille dazu – und auch dieses Ziel war in der Tasche.

Falls irgendjemand noch einen Funken Hoffnung unterhielt, dass unser Pilot nicht total blind ist, dass er ein spezielles die Sicht verbessern-des Gerät haben könnte, da kam seine Erklärung, dass die Blockade Gazas weitergehen würde. Lasst die Welt, die Einsicht und Gaza zur Hölle gehen und Israel übrigens auch – und lasst ebenso den Schimmer von Hoffnung sausen. Nachdem die auf dem Schiff Marmara beschlagnahmten Sägen und Messer öffentlich ausgestellt worden waren, sind wir in der Lage, uns ein für alle Mal zu überzeugen, dass es da tatsächlich eine Gefahr gibt, die in je-

der Gasse lauert, ein al-Qaida-Täter auf jedem Schiff, Waffen auf jedem Deck und dass die Marmara tatsächlich eine existenzielle Bedrohung und nicht weniger war, genau wie unser Führer es vorausgesehen hat.

Natürlich verlangt niemand die Gewehre zu sehen, mit denen die Aktivisten angeblich geschossen haben, oder das Video in der ganzen Länge, in dem man die israelischen Soldaten schießen sieht, oder die konfiszierten Fotos der Journalisten. Für uns reichen die Bilder der schlimmen Schlägerei, die das IDF*-Sprecherbüro veröffentlichte.

Einige 7 Milliarden Menschen (minus etwa 5 Millionen israelischer Juden) haben Unrecht. Sie haben keinen solchen Führer wie Netanyahu, und deshalb denken sie weiterhin, dass der Überfall auf Passagierschiffe in internationalen Gewässern ein Akt der Piraterie sei, nicht anders als die Taten somalischer Piraten. Sie denken (fälschlicherweise natürlich), dass Israel kein Recht habe, eine Bootsflotte anzuhalten; dass die Opfer die Menschen von Gaza und die blutenden Passagiere sind, nicht die Marinekommandos, die das Schiff überfielen und geschlagen wurden. Und dass die Aggressoren die Soldaten waren, die von einem Helikopter heruntergelassen wurden, neun Zivilisten mit scharfen Schüssen töteten und Dutzende verletzten.

Die Welt hat Unrecht, und Netanyahu hat mit uns im Schlepptau Recht. Wir werden die Blockade nicht aufheben. Seit vier Jahren hat sie nichts Gutes verursacht, nur Schaden – doch macht das was? Machen wir sie fertig! Lasst uns Netanyahus Vision erfüllen. Wir werden dann ein noch verachteteres Land werden und keinen einzigen Freund in der Welt haben, nicht einmal mehr die USA. Es stimmt zwar, dass es Netanyahus Vorgänger Ehud Olmert war, der diesen schrecklichen Erdrutsch mit der Operation ‚Cast Lead‘ verursachte, nach der die Welt wegen all des gewalttätigen Verhaltens Israels intolerant wurde – aber Netanyahu folgte in seinen Fußstapfen.

Trotz allem ist seine Vision noch nicht ganz erfüllt. Es gibt noch Hoffnung: einen „ökonomischen Frieden“, der Palästinensern und Israelis Wohlstand bringt. Aber bis jetzt gibt es keinen größeren Saboteur von Israels Exporten als Netanyahu. Und bald wird alles, was hier produziert wird, nicht weiter als bis Petah Tikva** verkauft werden können. Selbst Propheten haben das Recht, sich gelegentlich zu irren. Aber es wäre schon besser, wenn er nicht zu weiterer Hoffnung Anlass gibt.

Mehr als die Hälfte der Israelis wünscht nach einer gestern veröffentlichten Umfrage eine Untersuchungskommission. Man kann vermuten, dass dies nur wegen unserer Soldaten ist, weil sie geschlagen und gedemütigt worden sind. Denn was wäre sonst noch zu untersuchen? Schließlich haben wir einen Prophetenstaatsmann, dessen Voraussagen wahr werden, eine nach der anderen – und der Messias ist (noch nicht) nach Zion gekommen.

* Israel Defense Forces: ‚Verteidigungs‘kräfte

** Stadt östl. von Tel Aviv

(dt. Ellen Rohlf; redakt. Ute Hüttmann)

Am Tag vor dem Überfall schrieb Gideon Levy:

... Natürlich wird die Flotte keinen Frieden bringen, und es wird ihr nicht gelingen, die Küste des Gazastreifens zu erreichen. Der Aktionsplan schließt ein Abschleppen der Schiffe in den Ashdodhafen mit ein - und wird uns so noch einmal an die Küsten der Blödsinnigkeit und der Missetaten bringen. Noch einmal werden wir nicht nur als die Dargestellten, die Hilfe blockieren, sondern auch als Idioten, die alles tun, um das eigene Ansehen zu untergraben. Wenn dies eines der Ziele der Organisatoren der Friedensflotte gewesen war, dann haben sie dieses Ziel großartig erreicht.

Gideon Levy, 30.05.2010: www.zmag.de/artikel/die-gaza-flotille-treibt-israel-in-ein-meer-der-dummheit

Iris Hefets – 05. Juni 2010

Internationale Liga für Menschenrechte und Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Rede auf der Demonstration in Berlin im Rahmen des Weltweiten Aktionstages gegen die Blockade von Gaza (Auszug)

... Während die öffentliche Debatte sich darauf konzentriert, was für die Israelis an Bord der Marama den Auslöser zum Schießen darstellte, wird das Hauptproblem leicht übersehen.

Der ursprüngliche Auslöser ist nicht im Free Gaza Konvoi zu suchen und nicht in der jetzt fast 4jährigen völkerrechtswidrigen Blockade der Menschen im Gaza-Streifen.

Der eigentliche Grund besteht in der israelischen kolonialistischen Politik, derzufolge die Juden in Palästina mehr Rechte haben sollen als die dort heimischen Palästinenser.

Das Unrecht fing schon vor 1948 an. Es besteht nicht zuletzt in der Vertreibung der Palästinenser unter anderem in den Gaza-Streifen, wo heute mehr als eine Million Flüchtlinge leben. Es fing an dem Tag an, an dem die ersten Flüchtlinge aus Jafa, Isdud, Majdal und Beer-Saba kamen.

Ich bin in Beer-Sheva geboren und wusste nichts von seiner palästinensischen Vergangenheit, obwohl das städtische Museum eine Moschee mit einem Minarett war. Der Großteil der Israelis sieht diese Minarette genau so wenig wie die Menschen, für deren Heimat sie stehen.

Das Verbrechen ging weiter nach der Eroberung des Gaza-Streifens durch Israel 1967: Auch damals schon, in einer Aktion, deren Details nicht veröffentlicht wurden, hat die israelische Armee in Gaza sogenannte Terroristen-Nester vernichtet. Danach kamen die israelisch-jüdischen Kolonialisten, die dort Blumen anbauten und die Palästinenser als billige und rechtlose Arbeitskräfte ausbeuteten. Sie praktizierten ein Judentum ohne Gott, ein Judentum ohne Gesetz und Moral.

Dass die Israelis über den Gaza-Streifen eine unmenschliche Blockade verhängten, hat seinen Grund darin, dass die Unterdrückung der Palästinenser durch die Kolonialmacht aufrechterhalten werden soll. Die demokratisch gewählte Hamas ist dafür lediglich eine Ausrede. ...

Wir, Juden aus Deutschland, Israel und anderen Ländern, werden das zusammen mit Menschen aller Religionen und Nationalitäten nicht schweigend hinnehmen. Wir werden es nicht zulassen, die Palästinenser in "Gazaner" und "Westbanker" zu zerlegen. Gaza ist ein Teil von Palästina, wo alle Bewohner die gleichen Rechte haben müssen.

Herr Westerwelle fordert den ungehinderten Zugang von Hilfsgütern in den abgeriegelten Gaza-Streifen, aber wir sagen: Nein, Herr Westerwelle! Das reicht nicht! Die Palästinenser brauchen keine Almosen, sie dürfen nicht von der Warmherzigkeit der Kolonialherren abhängen. Sie haben ihr Meer mit Fischen, können sie aber nicht fischen, weil die Israelis auf die Fischer mit deutschen Waffen schießen. Das muss ein Ende haben.

Die Internationale Liga für Menschenrechte fordert seit langem den vollständigen Abbau der Mauer um Gaza, den vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen und seit 2007 entschieden die Aufhebung der unmenschlichen Blockade der Bevölkerung von Gaza.

Wir fordern von der deutschen Regierung:

1. eine sofortige Aufhebung der Blockade und der Sanktionen gegen die Hamas
2. keine Waffenlieferungen nach Israel, wie die deutsche Verfassung es auch vorschreibt

... Wir warten aber nicht, bis die deutsche oder eine andere Regierung etwas unternimmt. Wir rufen die Zivilgesellschaft hier und in Europa auf, israelische Waren zu boykottieren. Wir sagen: "Kaufen Sie bei Juden, aber keine israelischen Waren". Schreiben Sie an akademische und kulturelle Institutionen in Deutschland, die mit israelischen Institutionen kooperieren, und protestieren Sie dagegen. Machen Sie bei der BDS-(Boykott, Deinvestition, Sanktionen)Kampagne der palästinensischen Zivilgesellschaft mit. Nur wenn die israelische Elite den Preis für ihr Verhalten spürt, wird sich die Wirklichkeit im Nahen Osten ändern. ...

Lesetipps

Aktuelles und Archiviertes

www.palaestina-portal.eu
www.freegaza.de – www.freegaza.org/de
www.zmag.de
 Blog Dr. Viktoria Waltz: zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com
 Blog Ludwig Watzal: <http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.com/>

Zeitschrift

„Der Semit. Unabhängige jüdische Zeitschrift“
 Melzer Verlag, 63263 Neu-Isenburg – www.dersemit.de

Veröffentlichung eines Buch-Klassikers im Internet

Viktoria Waltz und Joachim Zschesche
Die Erde hat Ihr uns genommen
 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina
Das Arabische Buch, Dortmund/Berlin 1985/1986 – 217 S. – kostenlos
www.palaestina-portal.eu/waltz_viktoria_zschesche_joachim-100-jahre-zionistische_siedlungspolitik-in-palaestina.pdf (rezens. bei Ludwig Watzal – Blogadresse s.oben)

Bücher – ganz neu

Denk ich an Palästina – Palestine on my mind
 Günter Schenk präsentiert 26 Zeugnisse aus unserer Zeit
 Melzer Verlag, Neu Isenburg 2010 – 232 S., www.dersemit.net

Sophia Deeg und Hermann Dierkes (Hrsg.) Bedingungslos für Israel?

Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten
 neuer ISP Verlag, Karlsruhe 2010, www.neuerispverlag.de
 (rezens. bei Ludwig Watzal – Blogadresse s.oben)

Shlomo Sand

Die Erfindung des jüdischen Volkes
 Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand
 Propyläen Verlag, 2010, 512 S., www.ullsteinbuchverlage.de/propylaen

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

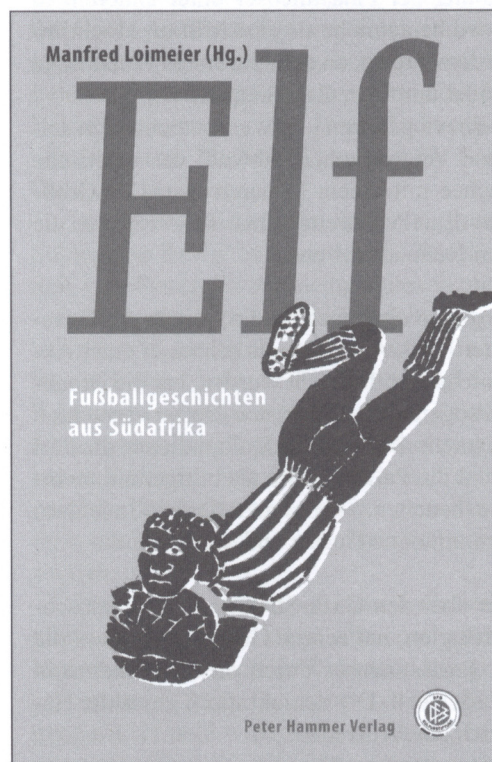
Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Fußballgeschichten aus Südafrika

Fußball hat in Südafrika geradezu staatstragende Bedeutung! Manfred Loimeier, Kenner der Literaturszene Südafrikas, hat die Ausrichtung der WM 2010 zwischen Durban und Kapstadt, Pretoria und Port Elisabeth zum Anlass genommen, Geschichten von jungen südafrikanischen Autorinnen und Autoren zu versammeln, die eigens für diesen Band entstanden sind. Geschichten, die Schlaglichter werfen auf den Fußball und den gesellschaftlichen Rahmen, in dem diese WM stattfinden wird.

In seiner Einleitung erhellte Manfred Loimeier das unvergleichliche Phänomen der Verstrickung von Politik und Fußball in Südafrika.



herausgegeben von Manfred Loimeier
aus dem Englischen von Thomas Brückner
200 S., geb., € 18,90
ISBN 978-3-7795-0283-8



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de